

Politische Berichte

Renten-
reform
S.3/4

Öcalanprozeß
S. 6/7

Kommunal-
wahlen
BaWü und PDS
S.11/12

Späths
Lohnschwindel
S.13

Internationaler
Gewerkschafter-
kongreß in
der Türkei
S.15

Wie entwickeln
sich „Kriegs-
treiber“
S19

Nachdem die Lageberichte des Auswärtigen Amtes bzw. seine darauf beruhenden Auskünfte an die Verwaltungsgerichte, in denen das Fischer-Ministerium bis in den März 1999 hinein die ethnische Verfolgung von Kosovo-Albanern bestritt, an die Öffentlichkeit gelangten, versuchte die rot-grüne Bundesregierung zunächst, sie der früheren Regierung anzulasten, dann, Zitate als „Fälschungen“, „aus dem Zusammenhang gerissen“ etc. darzustellen. Nachdem sie auch damit widerlegt war, zog das Auswärtige Amt die Berichte zurück, da sie nicht der empirischen Wahrheit entsprächen. Als dann aber Richter aus der ÖTV ankündigten, daß die Urteile von Verwaltungsgerichten in Asylverfahren, die auf Grundlage der Regierungsauskünfte gefällt wurden, überprüft werden müßten, wurden die Berichte für wieder zutreffend erklärt. (s.S.18)



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... und Ost Rüdiger Lötzer, GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

AUFKÜNDIGUNG. Der 102. Ärztetag hat einen Beschuß gegen ärztliche Abschiebehilfe gefaßt: „Abschiebehilfe durch Ärzte in Form von Flugbegleitung, zwangsweise Verabreichung von Psychopharmaka oder Ausstellung einer „Reisefähigkeitsbescheinigung“ unter Mißachtung fachärztlich festgestellter Abschiebehindernisse, wie z.B. Traumatisierungen, sind mit den in der ärztlichen Berufsordnung verankerten ethischen Grundsätzen nicht vereinbar.“ Laut Auskunft des Beauftragten der Hamburger Ärztekammer für gesundheitliche Belange von Migranten ist der Beschuß mit der Veröffentlichung im „Deutschen Ärzteblatt“ am 18.6. für alle Ärzte einschließlich der Amtsärzte verbindlich. Ärzten, die dennoch an Abschiebungen teilnehmen, droht ein Berufsgerichtsverfahren.

ÜBERWACHUNG. Die Justizministerkonferenz beschloß gegen die Stimme Sachsens, den „elektronisch überwachten Hausarrest“ als Modellversuch zu zulassen. Danach sollen bestimmte Straftäter die Strafe nicht mehr in einer JVA verbüßen, sondern zu Hause, mittels einer elektronischen Fessel ständig überwacht. Dabei dürfen sie die Wohnung nur zu festgelegten Zeiten und Zwecken verlassen, v.a. um zur Arbeit zu gehen. Die konservativen Rechtsaußen sind dagegen, weil dies ihr Strafbedürfnis nicht ausreichend befriedigt. Tatsächlich sprechen entgegengesetzte Gründe gegen das Vorhaben der Justizminister. Erfahrungen aus den USA, wo ca. 100 000 Menschen auf diese Weise elektronisch überwacht werden – während bekanntermaßen gleichzeitig die Zahl der in Gefängnissen Inhaftierten seit Jahren nach oben schnellt – zeigen, daß die Fußfessel weniger zur Vermeidung von Gefängnis als viel mehr zur Verschärfung von Bewährungsauflagen eingesetzt wird, tatsächlich also zur Ausweitung des Strafsystems. Der Strafvollzugsausschuß der Länder hatte gegen die Einführung der elektronischen Fußfessel Stellung bezogen: Er befürchtete einen Schritt hin zu einem „stetig erweiterten Überwachungssystem zu Lasten eines auf persönliche Betreuung ausgerichteten Resozialisierungsvollzugs“.

TRANSRAPID. Trotz der Festlegung des Koalitionsvertrages, wonach die Bundesregierung ihren Zuschuß für den Bau der Transrapidstrecke Hamburg-Berlin auf 6,1 Mrd. DM begrenzt, macht Verkehrsminister Müntefering sich dafür stark, den Transrapid koste es, was es wolle zu bauen und dabei keine Steuermittel zu sparen. Nach Information der „SZ“ haben sich das Herstellerkonsortium (Siemens, Thyssen, Adtranz) und der Bund bereits grundsätzlich darauf verständigt, daß sie sich die Mehrkosten der Trasse, die gegenwärtig auf 1,5 Mrd. DM geschätzt werden, teilen.

AUSHEBELUNG. Die Ladenschlußzeiten sind weiter unter Beschuß. Jetzt hat

Berlin im Bundesrat einen Gesetzesantrag eingereicht, wonach die Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag auf 22 Uhr (statt 20 Uhr bzw. samstags 16 Uhr, mit zahlreichen Ausnahmeregelungen) ausgeweitet werden sollen. Der Antrag, der von beiden Berliner Koalitionsparteien CDU und SPD unterstützt wird, wurde ohne Aussprache an die entsprechenden Ausschüsse überwiesen. Der Bundesrat will allerdings noch ein Gutachten des Münchener Ifo-Instituts zur Gesetzesnovelle von 1996 abwarten und nicht vor Herbst beschließen. Das gibt dem Land Sachsen Zeit, einen noch weitergehenden Antrag einzubringen: Danach soll das Ladenschlußgesetz ganz außer Kraft gesetzt werden. Während die Gewerkschaften an ihrem „Hände weg vom Ladenschluß“ festhalten und auch die Kirchen vor weiteren Ausweitungstendenzen v.a. der Sonntagsöffnung warnen, begrüßt die FDP die Aushebelung des Ladenschlusses. Die Grünen wollen ebenfalls mehr Flexibilität: Kleineren Geschäften mit bis zu fünf Angestellten sollten alltags keine Öffnungszeiten mehr vorgeschrieben werden.

DIFFAMIERUNG. Seit die kurdisch-abstammige Felek Uca für die PDS in das Europaparlament gewählt wurde, ist sie Angriffen und Diffamierungen ausgesetzt. Am 16.6. wurde die Wohnung von Felek Uca und ihrer Familie in Celle von der Polizei mit der Begründung der Dokumentenfälschung durchsucht. Die Parlamentarierin soll ihren Führerschein gefälscht haben. Doch Felek Uca war nie im Besitz eines Führerscheins, und die Suche der Polizei in der Wohnung hat nichts ergeben. Die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke fordert eine unverzügliche Aufklärung der polizeilichen Durchsuchung. Seit dem Erfolg der PDS bei den Europawahlen führen türkische Tageszeitungen auf ihren Titelseiten eine Hetzkampagne gegen Felek Uca, deren Familie seit mehr als 30 Jahren in der BRD lebt. Sie soll für die PKK im Europaparlament sitzen. Auch Cem Özdemir, innenpolitischer Sprecher der Grünen, hat keine Skrupel, diese Verleumdungen in den Innenausschuß des Deutschen Bundestages zu tragen. Die PDS kündigte an, daß er sich dafür noch werde verantworten müssen.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 24.6. steht der Berufsbildungsbericht der Bundesregierung sowie die 2./3. Lesung des Ausbildungsförderungsgesetzes auf der Tagesordnung, werden u.a. der Antrag der ganz Großen Koalition über die Einsetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums zur Kontrolle nachrichtendienstlicher Tätigkeit beraten und kontroverse Anträge zu öffentlichen Gelöbnissen. Am 25.6. steht die Errichtung eines Holocaust-Mahnmal zur Debatte im Bundestag. Für den 30.6. wird mit der Vorlage der Haushalt- und Steuerkonzepte für 2000 und Folgejahre gerechnet.

Kapitalbezogen statt lohnbezogen

Nach dem Doppelpaß und dem 630 DM-Gesetz drohen jetzt die Unionsparteien eine dritte Kampagne um die Rentenreform an, mit der sie die rot-grüne Regierung Schröder/Fischer politisch isolieren und in den Landtagswahlen im Herbst in weitere Wahlniederlagen treiben wollen. Die Union benutzt ein hartes Vokabular, obwohl die Differenzen zur SPD in der Zielsetzung vielleicht nicht einmal so groß sind.

Zunächst der Vorschlag des Bundesarbeitsministers Walter Riester, soweit er der Presse zu entnehmen war:

1. In den nächsten zwei Jahren werden die Renten nicht entsprechend dem Anstieg der Nettolöhne angehoben, sondern nur um den Anstieg der Lebens- und Unterhaltskosten (+0,7% im Jahr 2000 und 1,6% im Jahr 2001). Das sogenannte Nettorentenniveau würde damit von derzeit 70,1 Prozent der Arbeitseinkommen auf 66,3 Prozent sinken (Nettorentenniveau: Rente nach 45 Versicherungsjahren für jemanden, der immer den Durchschnittsverdienst hatte – 1997 waren das 2134,80 DM – im Verhältnis zum durchschnittlichen Nettolohn/gehalt). Im Wahljahr 2002 würde dann wieder zur alten Regelung zurückgekehrt.

2. Aus den Einnahmen der sogenannten Ökosteuer werden Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt an die Rentenversicherung bezahlt als Ausgleich für versicherungsfremde Leistungen (z.B. Rentenzahlungen für Kindererziehungszeiten u.ä.). Das trägt mit dazu bei, daß der Beitragssatz zur Rentenversicherung bis zum Wahljahr 2002 auf 18,7% des Bruttoeinkommens gesenkt werden kann.

3. Eine obligatorische kapitalgedeckte Zusatzversorgung wird eingeführt. Mit einem Beitragssatz von 0,5 Prozent im Jahr 2003, ansteigend auf 2,5 Prozent des Bruttolohns im Jahre 2007 muß jeder Beschäftigte eine solche Versicherung abschließen, bei wem und in welcher Art steht ihm frei. Wer schon bisher eine solche Versicherung hat (z.B. eine Lebensversicherung), kann die Aufwendungen dafür verrechnen – etwa Zwei Drittel aller Beschäftigten sollen bereits solche Zusatzabsicherungen haben. Eine Beteiligung des Arbeitgebers wie beim Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung wird es nicht geben.

4. Es wird eine bedarfsorientierte Grundrente eingeführt. Sie soll an die Stelle der Sozialhilfe treten. Der Gesamtumfang aus Steuern finanziert soll 1,8 Milliarden DM jährlich betragen, weitere Einzelheiten sind nicht bekannt. Derzeit nehmen 1,2 Prozent aller Altersrentner Sozialhilfe in Anspruch.

5. Des weiteren sind Reformen bei der Hinterbliebenenrente sowie die Rücknahme von Verschlechterungen bei der

Erwerbs- bzw. Berufsunfähigkeitsrente vorgesehen.

Was kritisiert nun die Union an diesem Vorschlag? In einer Pressemitteilung wirft die CDU-Generalsekretärin Angela Merkel der Bundesregierung vor, daß sie die Absenkung des Rentenniveaus auf einen Schlag durchführen und nicht, wie die alte Regierung das vorhatte, verteilt auf 30 Jahre. „Das ist Sozialabbau erster Güte, der vor allem diejenigen trifft, die schon zu alt sind, um zusätzliche eigene Vorsorge zu betreiben. Das ist Rente nach Kassenlage und mißbraucht das Vertrauen, das die Bürgerinnen und Bürger bisher in die Rentenversicherung hatten. Damit wird die Rente schutzlos staatlicher Willkür ausgeliefert.“

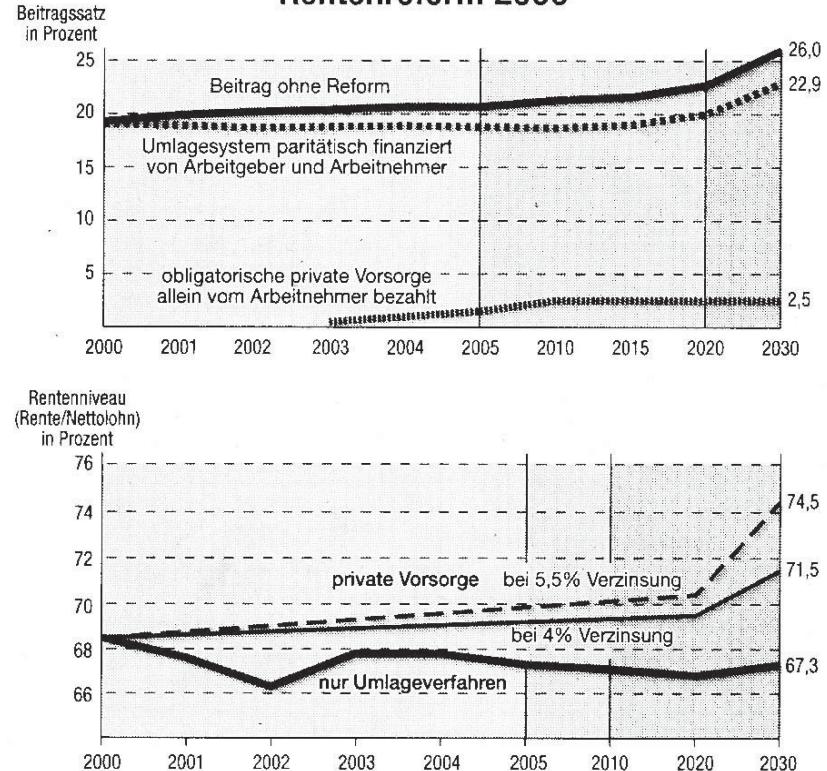
Starke Worte von Frau Merkel. Sie tut das, um die CDU sozialer als die SPD, links von ihr, aufzuscheinen zu lassen. Aber eine grundsätzliche Differenz liegt nicht vor, denn das Niveau der gesetzlichen Renten wollen beide Parteien senken, und ob kurz und schmerhaft oder lang und schleichend, darüber einen Konsens herzustellen, ist nicht unmöglich. Die stark negative Wirkung von Riesters Vorschlag auf das Nettorentenniveau röhrt daher, daß in diesem und im nächsten Jahr Steuerreform, Kindergelderhöhung und die Beitragssenkung zur Rentenversicherung einen relativ starken Anstieg der Nettolöhne und -gehälter bringen,

den Riester nicht den Rentner zugute kommen lassen will. Vermutlich würde, so begründet, auch die Union im Falle eines Falles mitmachen oder umgekehrt Riester sich auf einen längeren Zeitraum der Niveausenkung einlassen.

Die Kritik der Union an der Einführung einer kapitalgedeckten Zusatzversorgung ist nämlich nicht prinzipiell. Frau Merkel: „So richtig es ist, die gesetzliche Alterssicherung um Komponenten der privaten Vorsorge zu ergänzen, so wenig paßt in den Konzepten der SPD eines zum anderen. Es entspricht angestaubter sozialdemokratischer Begeisterungsmentalität, die Bürger durch gesetzliche Vorgaben zu zwingen. Die Union setzt dagegen auf Freiwilligkeit und Eigeninitiative.“ Das hat Riester auch schon gesagt, daß er über Zwang oder Freiwilligkeit mit sich reden ließe. Er könnte auch den Koalitionsvertrag zitieren: „Dritte Säule (der Alterssicherung) ist die private Vorsorge. Auch sie soll gestärkt werden.“

Faktisch existiert in den Zielsetzungen eine große Koalition, die im Falle einer weiteren derben Wahlniederlage der SPD gerade mit dem Hinweis auf die notwendige Reform der Renten gebildet werden könnte. Sowohl CDU/CSU als auch die SPD wollen die Rentenversicherung umbauen weg von lohnbezogen in Richtung kapitalbezogen. ➤

Rentenreform 2000



Die Grafik aus der Süddeutschen Zeitung vom 19.7. deutet die Richtung an: Die Zinshöhe soll für die Altersvorsorge zum wichtigen Faktor werden.

Kommentar

Neue Mitte und Rentenreform

Das Schröder/Blair-Papier, das der verheerenden Niederlage beider Parteien bei der Europawahl vorausging und als Plattform dieser Pleite aufgefaßt werden kann, wird wahrscheinlich zu Unrecht als Einschwenken der Partei auf neoliberalen Politik verstanden. Wenn die analytischen Orientierungen „Links“ und „Rechts“ als überholte Dogmen verworfen werden und wenn es heißt, Fairneß, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Chancengleichheit, Solidarität und Verantwortung für andere seien zeitlose Werte, so liegt eher der Versuch vor, eine Lebensweise, die sich in den westlichen imperialistischen Metropolen herausgebildet hat, zum Maß der Gesellschaft zu machen. Der Komplex der objektivierbaren und objektiven Bedingungen dieser als „Neue Mitte“ gefeierten Lebensweise wird ausgeblendet. Ob als Angestellte oder als an übermächtige Auftraggeber gebundene Selbständige, die Repräsentanten der Neuen Mitte gewinnen ihr Einkommen durch Arbeit, aber es wird immer klarer, daß ihre Lebensweise auch Eigentum voraussetzt.

In der anlaufenden Rentenreform versuchen die politischen Repräsentanten der Neuen Mitte, die typische Vermengung

ihrer Interessen auf größere Kreise auszudehnen. Das Beispiel USA zeigt den Weg. Die Daseinsvorsorge für Alter bzw. Ruhestand muß auf Kapitalbeteiligungen umgestellt werden. In der BRD hing die Höhe der Renten zuerst an der Entwicklung des Bruttolohns, seit Mitte der siebziger Jahre an der Entwicklung des Nettolohnes. In den USA hängt sie an der Entwicklung der Dividende der Aktiengesellschaften. Faktisch haben auch in der BRD bereits viele Menschen Zusatzversicherungen abgeschlossen, deren Ertrag letztlich von Rate und Masse der Profite abhängt. Die jetzige Reform wird diesen Prozeß beschleunigen. Auch wenn die Umschichtung viel Zeit braucht, die politisch-ideologischen Wirkungen sind schneller da. Wenn man sich heute umhört, wie die Leute über ihre Altersvorsorge sprechen, wird bemerkbar, wie wenig Lebensplanung noch auf eine Hebung des Lohnniveaus setzen kann und wie sehr auf renditeorientierte Vorsorge. Die ideelle Wirkung übertrifft hier das materielle Ausmaß um Längen, denn eines ist ganz gewiß, das Schwanken der Konjunkturen im Großen und die Zwischenfälle des Lebens im Einzelnen werden dafür sorgen, daß die Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand nicht ausufert. Die nach dem Maß der Neuen Mitte allgemein verbindlich gemachte Form wird die Mittel schon an die richtige Stelle spülen.

maf

Interview mit E. Altvater

Kein Marshall-plan wird's richten

Die Schweizer „Wochenzeitung“ (10.6.) führte das folgende Interview mit Prof. Elmar Altvater. Wir entnahmen den Auszug aus dem „Frankfurter INFO“.

WoZ: Der Westen müsse nach Beendigung des Krieges einen Marshallplan nach US-amerikanischem Vorbild für die Balkan-Region initiieren, hat US-Präsident William Clinton vorgeschlagen. Ist dieser historische Vergleich überhaupt zulässig?

Elmar Altvater: Natürlich nicht. Der Marshallplan wird immer dann angeführt, wenn irgendwo eine Katastrophe angerichtet wurde und man glaubt, diese durch Finanzhilfen beheben zu können ... Aber dieser Plan ist ein Mythos, der nur in der spezifischen Situation während des Kalten Krieges funktioniert hat. Damals waren die Wachstumsraten überall in der Welt sehr hoch, und es gab international keine freien Kapitalmärkte – diese Voraussetzungen treffen heute

→ Man betrachte die Grafik, die die Süddeutsche Zeitung aus Zahlen des Arbeitsministeriums erstellt hat, und der Effekt wird deutlich: Ob das Rentenniveau im Jahre 2030 bei 74,5% oder bei 67,3% liegt, hängt entscheidend ab von der Verzinsung der privaten Vorsorge. Je höher der Anteil von Lebensversicherungen, Pensionsfonds, Aktienpaketen an der Altersabsicherung desto höher wird das Interesse an der Profitentwicklung. Die Rentner interessiert dann zunehmend weniger ein steter Anstieg der Nettolöhne, sondern vielmehr die Kursentwicklung an der Börse.

Wogegen Frau Merkel aber ausdrücklich polemisiert, ist die „Grundrente“. Sie würde wegführen von der „Leistungsbezogenheit“ und auch dem Umbau des Rentensystems nach amerikanischem Muster im Wege stehen. Denn wenn alte Menschen, die eine unter- und gebrochene Erwerbsbiographie haben, dennoch sozial gesichert sind, dann haben sie eher ein Interesse an einer Umlaufteilung von Reich nach Arm als an shareholder value. Aber ein besonderes Herzstück von Riester ist dieser Reformteil sowieso nicht: die geplante Summe von 1,8 Mrd. DM für die „soziale Grundsicherung“ pro Jahr sind gerade mal 4 Promille der gesamten Ausgaben der Rentenversicherung.

Das Konzept gehört eindeutig in die Marktwirtschaftscke der Politik. Vielleicht bringt es Riester fertig, noch eini-



ge sozialdemokratische Verzierungen da-zuzutun in der Art: „stärkere Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivkapital und am Gewinn der Unternehmen“ (ebenfalls Koalitionsvertrag). Aber mit Modernisierung ohne soziale Kälte hat das wenig zu tun.

So wird die Rechnung der Frau Merkel vermutlich aufgehen. Die SPD setzt ein Reformprojekt in die Welt, das die ärmeren Schichten der Gesellschaft auf Dauer trifft, die „neue Mitte“ nicht überzeugt, und die Union kann Stimmen sammeln.

Deutsche Bauindustrie fürchtet um profitable Geschäfte im Kosovo

Mit erfreulicher Offenheit beschrieb erst jüngst ein Vertreter der „Heidelberger Zement AG“ ihr Interesse an der Kosovo-Region. Das Unternehmen bezeichnet sich selbst als größten Bauinvestor in Osteuropa. In Polen, Tschechien und Ungarn hat der Konzern eigene Produktionstätten installiert, in denen zu Billigstlöhnen Zement produziert wird.

Als Hauptproblem in Jugoslawien bezeichnet der Sprecher von „Heidelberg Zement“ Schulte die Privatisierung der Wirtschaft. Ein gravierendes Problem für das Kapital, da es doch darum geht, daß die Unternehmen „keine Samariter sind, sondern Geld verdienen wollen“, so Schulte.

Am Beispiel der Zementindustrie kann deutlich gemacht werden, welchen Abhängigkeiten beim Aufbau des Kosovo anzustehen, gerade wenn man das mit Blick auf die Möglichkeit betrachtet, wie ein Wirtschaften in der Balkanregion unter Bedingungen relativer Selbständigkeit vonstatten gehen könnte.

In einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung wird ausgeführt: „Solange im Kosovo kein Zement für

nicht mehr zu. Die Rede von einem neuen Marshallplan ist nichts als Ideologie.

Der deutsche Aussenminister Joseph Fischer hat eine massive Unterstützung der EU für die Region gefordert. Kann mit entsprechenden Mitteln ein Wiederaufbau gelingen?

Man weiß bereits aus Bosnien, dass die Absorptionsfähigkeit der Region gar nicht ausreicht, um massive Geldspritzen aufnehmen zu können. Was anschließend passiert, ist auch klar: Vor allem die Mafia wird von diesen Finanzhilfen profitieren, und am Ende gibt es eine noch ungleichere Verteilung als jemals zuvor.

(...)

Wird der Wiederaufbau nur Kosten verursachen, oder existieren im Westen auch ökonomische Interessen an der Region, beispielsweise als Absatzmarkt?

Der Absatzmarkt wird nur entstehen, wenn dort auch eine entsprechende Nachfrage geschaffen wird. Das Geld, das in den Balkan investiert wird, fließt sofort wieder nach Westeuropa, zum Beispiel nach Deutschland zurück. Das ist ein Ankurbelungsprogramm für die deutsche Wirtschaft, aber nicht für den Balkan.

In einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung werden zwei Alternativen für den Kosovo formuliert: Entweder es kommt zu einer Art „Lagerökonomie“, ähnlich wie in den palästinensischen

Camps im Libanon, oder der Westen finanziert den Aufbau einer Subsistenzwirtschaft für den Kosovo, um zu verhindern, daß die Menschen „in die EU-Arbeitsmärkte eindringen“.

Letzteres wird auf jeden Fall geschehen – egal, was man tun wird. Denn selbst wenn viel Geld in die Region hineingepumpt wird und Grossprojekte errichtet werden,



Eine Karikatur der FR wird zum Plakat ...

wird dies nur für kurze Zeit Arbeitsplätze schaffen. Die Region ist so zerstört, daß den Menschen dort gar nichts anderes übrig bleibt, als sich in der Subsistenzwirtschaft oder in der informellen Ökonomie ein geringes Einkommen zu verschaffen – ein Einkommen, das meistens nicht einmal monetärer Natur ist. Die Entwicklung wird vermutlich ähnlich verlaufen wie in Rußland oder in den abgekoppelten Ökonomien Afrikas und Lateinamerikas. Dort sind rund achtzig Prozent der Arbeitskräfte im informellen Sektor beschäftigt, der nicht in den Weltmarkt integriert ist ...

Ein Grund für die Auflösung Jugoslawiens waren auch die grossen Unterschiede innerhalb des Landes ... Serbien ist inzwischen weitgehend zerstört, die Infrastruktur existiert nicht mehr. Außerdem ist es möglich, dass selbst Rumpf-Jugoslawien nach diesem fürchterlichen Krieg noch weiter aufgeteilt wird. Das Land wird vermutlich auch nicht in den Genuss von finanzieller Unterstützung kommen. Denn es sollen nur die „demokratischen Länder“ an der Balkankonferenz teilnehmen – und solange Milosevic und seine Nachfolger da sind, wird Jugoslawien niemals von den Westeuropäern akzeptiert. Das können sie deshalb nicht tun, weil sie sonst ihre Rechtfertigung für die Bombardierung verlieren würden ...

den Wiederaufbau hergestellt wird, muß er importiert werden. Dadurch darf aber der Aufbau von Zementwerken nicht behindert werden (zumal das Land mit Kalk gesegnet ist). Baut man sie auf, werden sie auf Jahre nicht mit den Importen konkurrieren können, da ihre volle Leistungsfähigkeit wesentlich von den gleichzeitig aufzubauenden Infrastrukturen und von mehrjährigen learning-by-doing Prozessen abhängt.

Damit die Unternehmen im Kosovo Erfolg haben können, müssen sie entweder durch Abnahmegarantien, Zölle, Importquoten oder durch Subventionen vor der überlegenen Konkurrenz geschützt unterstützt werden.“¹

Daran hat das internationale Kapital natürlich kein Interesse. Der Run auf profitable Anlagemöglichkeiten in der Balkanregion läuft auf Hochtouren. Jede Einschränkung des Kapitalflusses wird auf heftigen Widerstand der Industrie stoßen. Damit es nicht zu kurz kommt, hat das deutsche Kapital schon vor zwei Wochen angefangen, Institutionen wie z. B. den „Firmenpool Kosovo“ zu gründen. Ziel ist es, massiv auf die staatlichen Stellen einzuwirken, den deutschen Unternehmen profitable Aufträge aus der Balkanregion zu verschaffen. Denn hier gab es bisher nur Klagen. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) beklagt die sehr schlech-

ten Erfahrungen aus Bosnien-Herzegowina. Im Rahmen der Bosnienhilfe hätte die BRD 27% der Kosten getragen, an das deutsche Kapital seien aber nur zwischen 4 und 8% der Mittel in Form von Aufträgen zurückgeflossen. Die Schuldigen sind schon ausgemacht. Die ausländische Konkurrenz hatte ihre politischen Vertreter besser im Griff. „Die Programme wurden damals von italienischen und englischen Beratern organisiert.“ Diesmal sei es wichtig, daß eine „multilaterale Wiederaufbauagentur“ eingerichtet wird, wo auch deutsche Repräsentanten mitzureden hätten. Das deutsche Kapital weiß, daß hier der Konkurrenzdruck enorm hoch ist. Zumal jetzt auch das amerikanische Kapital die Früchte einfahren will. Die USA hätten den größten Teil der Kriegskosten getragen, jetzt sei es Zeit, die Ernte einzufahren.

Auch wenn die Finanzierung weitgehend von der Europäischen Union übernommen werden wird, haben sich „die Vereinigten Staaten das Recht verdient, als gleichberechtigte Partner“ an Aufbauarbeiten beteiligt zu werden. Das hat der Staatssekretär für internationale Handelsfragen im Handelsministerium, David Aaron, vor dem internationalen Ausschuß des Repräsentantenhauses gesagt. Mehr als 100 amerikanische Unternehmen stünden bereit, um sich an den

internationalen Ausschreibungen zu beteiligen. Die amerikanische Regierung erwarte, daß die EU-Kommission, die in der Vergangenheit oft nur europäischen Unternehmen Aufträge vermittelt habe, die amerikanischen Unternehmen ausdrücklich beteiligen werde.

Das US-Kapital hat sich schon recht früh mit der Gründung der „Southeast European Cooperative Initiative“ (SECI) ein Koordinierungsgremium geschaffen, um bei den wichtigen internationalen Organisationen das führende Wort mitzureden. IWF und Weltbank haben nun die Umsetzung eines für den Balkan bestimmten regionalen Verkehrs- und Transportprogramms beschlossen, das von der SECI ausgearbeitet wurde. Das US-Baukapital wird sich sicher darüber freuen.

Streit gibt es allerdings auch noch darüber, wie die Finanzarchitektur des Kosovo gestaltet wird. Nach Angaben der *International Herald Tribune* rechnen die USA damit, daß der Kosovo nach wenigen Jahren unabhängig wird. Unklar sei aber noch, ob dann als Währung die DM oder der US-Dollar fungieren wird. hav

1 Nachkriegszeit im Kosovo: Wüste oder Wirtschaftswunder? / Werner Kampeter. – Bonn, 1999. – 16 S. = 76 Kb, Text
Electronic ed.: Bonn: FES Library, 1999

Zehntausende demonstrierten

Frieden für Kurdistan Freiheit für Öcalan

In Lyon (2000), Den Haag (2000), Kopenhagen, Berlin (1000), Köln (5000), Nürnberg (6000 bis 8000, die Polizei sprach von 4000, Bild oben) und Hamburg (10000, Bild unten) fanden am 19. Juni Demonstrationen für Frieden in Kurdistan, Demokratie in der Türkei und gegen das drohende Todesurteil gegen Abdullah Öcalan statt. In Hamburg hatte die „Türkische Initiative zur Verteidigung des Lebens von Abdullah Öcalan“ tags zuvor vor ca. 800 Menschen ein Internationales Symposium mit Uri Avnery, israelischer Schriftsteller und Aktivist beim Israelischen Friedensblock; Ebrahim Ismail Ebrahim, ANC-Mitglied und Abgeordneter im südafrikanischen Parlament; Ercan Kanar, Rechtsanwalt und einer der Prozeßbevollmächtigten von Abdullah Öcalan; Haulk Gerger, türkischer Schriftsteller und u.a. Gründungsmitglied des türkischen Menschenrechtsvereins IHD; Norman Paech, Völkerrechtler und Mitunterzeichner der internationalen Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden für Kurdistan“.

Auf der Kundgebung in Nürnberg unterstützte die PDS-Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter die Forderungen der Demonstration und verlangte von der Bundesregierung Aktivitäten in diesem Sinne. Immer wieder erklärten Sprecher auf der Kundgebung, daß mit deutschen Waffenlieferungen kein Friede geschaffen werden kann. Im Vorfeld hatte die bayerische Polizei die Autobahnen und Zufahrtsstraßen nach Nürnberg abgeriegelt und alle Busse und Autos mit kurdisch aussehenden Menschen kontrolliert. Etwa 120 Leute wurden zur Personalienfeststellung festgenommen. Die Demonstration konnte wegen der Kontrollen erst mit dreistündiger Verspätung beginnen. Der letzte Bus stieß erst kurz vor dem Kundgebungsplatz zur Demonstration, etwa 40 Busse kamen gar nicht durch. Die Demonstration hatte in Karlsruhe stattfinden sollen. Die Stadt hatte diese nach langem Hin und Her schon genehmigt, da schritt das baden-württembergische Innenministerium anderthalb Tage vor der Demonstration ein und ließ die Veranstaltung verbieten. Das Karlsruher Verwaltungsgericht und der VGH Mannheim bestätigten das Verbot, da „es zu Verstößen gegen das Vereinsverbot“ kommen könne. In Karlsruhe wartete ein großes Polizeiaufgebot auf anreisende Kurden vergebens.

rub/Red.



Plädoyer von Öcalan und Verteidigung

Öcalan wird friedliche Lösung in Kurdistan fordern

Beim Erscheinen dieser Zeitung am 23. Juni werden im Prozeß gegen den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imrali die Anwälte Öcalans ihr Plädoyer halten. Abdullah Öcalan wird dann selber noch einmal zu seiner Verteidigung sprechen. Sein Anwalt Mahmut Sakar hat angekündigt, daß das Plädoyer der Anwälte allein zu den Rechtsverstößen in dem Verfahren und während der Inhaftierung Öcalans über 100 Seiten betragen wird. Sakar kündigte nach einem Besuch bei Öcalan an, daß dieser in seiner Verteidigungsrede das Friedensangebot der PKK an die türkische Regierung erneuern und Vorschläge für die Beilegung des Kurdistan-Konflikts vorlegen werde. Öcalan werde aber auch über die Konsequenzen sprechen,

wenn die Türkei mit seiner Verurteilung und Hinrichtung eine friedliche Lösung in Kurdistan ausschlägt.

Nach der Veröffentlichung der Erklärung von Mahmut Sakar durch AFP am 17. Juni stellte die türkische Regierung sofort ihren Standpunkt zur Lösung der Kurdistan-Frage dar: „Die PKK werde militärisch bis zu ihrem Ende bekämpft“, so ein Regierungssprecher.

Allgemein rechnen die Anwälte, so auch der Verteidiger Ercan Kanar in einem Interview mit der *taz*, mit der Todesstrafe. Die faschistische MHP hatte die Hinrichtung Öcalans zu ihrem Wahlslogan gemacht. Ihr Vorsitzender Bahceli, Mitglied der neuen Regierung, forderte wieder die schnelle Hinrichtung Öcalans. Dieser Forderung schlossen sich jetzt

Yilmaz, Vorsitzender der Anap, und Ciller, Vorsitzende der Partei des Rechten Weges, an. Bei einem Todesurteil würde sich nun eine Mehrheit des türkischen Parlaments und der Regierungskoalition für die Hinrichtung Öcalans aussprechen.

Kurz vor Ende des Prozesses auf Imrali stimmte eine Mehrheit des türkischen Parlaments mit einer Verfassungsänderung für eine „Reform“ der Staatsicherheitsgerichte. Der Militärrichter soll aus ihnen entfernt und durch einen zivilen Richter ersetzt werden. Diese Sondergerichte waren nach dem faschistischen Militärputsch 1980 eingerichtet worden. Damit versucht die Türkei, einer Forderung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes von 1988 und des Europäischen Parlaments vom Dezember letzten Jahres nachzukommen und der Kritik an der Existenz und Praxis dieser Gerichte den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die türkische Regierung beabsichtigte auf jeden Fall mit dieser Eileentscheidung, daß der Grund für eine mögliche formale Beschwerde über das Verfahren gegen Öcalan beseitigt wird, da Militärrichter mit europäischem Recht unvereinbar sind. Der Militärrichter in Öcalans Verfahren soll durch einen Zivilrichter, der als Beisitzer am bisherigen Verfahren teilgenommen hatte, ersetzt werden. Der Oberstaatsanwalt beim Staatssicherheitsgericht Ankara mißbilligte die Entscheidung und bezeichnete die Entfernung der Militärrichter „als großen Verlust für die Türkei“.

Der amtierende Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins IHD, Nazzim Gür, bezeichnete die Verfassungsänderung als „Kosmetik“ und forderte die endgültige Abschaffung der Sondergerichte. Die 20 Staatssicherheitsgerichte in der Türkei sind nur zuständig für Verfahren gegen „Straftaten, die gegen die unteilbare Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk, gegen die freiheitliche, sakuläre Ordnung und gegen die Republik begangen werden und die innere und äußere Sicherheit des Staates unmittelbar betreffen“. Seit dem Militärputsch haben sie gegen Zehntausende von Oppositionellen verhandelt, allein in diesem Jahr wurden 7.000 neue Verfahren von ihnen eröffnet. Akin Birdal, der bisherige Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins, wurde vor kurzem vom Staatssicherheitsgericht in Ankara verurteilt, weil er öffentlich für das Ende des Krieges zwischen der türkischen Armee und der PKK und die Rechte der Kurden eingetreten war. Jetzt mußte er seine Haftstrafe antreten, trotz schwerer gesundheitlicher Schäden infolge des Attentats vom letzten Jahr gegen ihn.

Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof wird sich trotz der Abschaffung der Militärrichter mit einer ganzen Latté von Rechtsverletzungen in dem Verfahren gegen Öcalan bis hin zur Lynchjustiz gegen die Anwälte beschäftigen

müssen. Das wird hoffentlich eine Vollstreckung der Todesstrafe verzögern.

Es bleibt zu hoffen, daß die europäischen Staaten gegen eine Vollstreckung der Todesstrafe gegen Öcalan intervenieren. Die Hoffnung ist vage, schließt die Türkei doch gerade zahlreiche Millionenverträge für neues Rüstungsmaterial, Panzer, Kampfhubschrauber usw. ab. rub

Spanien: Plus für „Euskal Herritarrok“

Auch außerhalb des Baskenlandes zugelegt

Von Ralf Streck, San Sebastian

Bei den Wahlen in der Provinz Navarra, den Kommunalwahlen im Baskenland und den Wahlen zum Europaparlament setzte „Euskal Herritarrok“ (Baskische Bürger) den Höhenflug fort.

Das der Untergrundorganisation ETA nahestehende Wahlbündnis „Euskal Herritarrok“ (EH) sieht sich als Gewinner des letzten Sonntags bei der Abstimmung über das Regionalparlament. In Navarras, das nicht zu den drei „Autonomen Baskischen Provinzen“ gehört, haben die „Baskischen Bürger“ ihren Stimmenanteil auf 16 Prozent erhöht und acht Sitze erobert. Im Stadtparlament von Pamplona wurde EH mit 19 Prozent sogar zweitstärkste Fraktion. Das Ergebnis der Partei „Herri Batasuna“ (HB), aus der das Bündnis im letzten Jahr hervorging, wurde fast verdoppelt und der Anspruch auf Eingliederung Navarras ins Baskenland wurde gestärkt.

Die Volksunion Navarras (UPN), die der in Madrid regierenden Volkspartei (PP) nahesteht, gewann zwar fünf Sitze

Vereinigte Europäische Linke – Nordische Grüne im Europaparlament

Der Einzug der PDS in das Europaparlament bedeutet für die Fraktion der „Vereinigten Europäischen Linken – Nordische Grüne“ (KVEL) vor allem eine wichtige qualitative Stärkung. Ange-sichts großer Aufgaben, die ohne enge Verbindung zwischen den Widerstandskräften in den Mitgliedsländern nicht zu bewältigen sind – sei es im Kampf gegen neoliberale Wirtschaftspolitik, für Demokratisierung und nicht zuletzt gegen Militarisierung und Krieg – ist es von großer Bedeutung, daß nun auch aus der europäischen Hauptmacht Deutschland eine konsequente Oppositionskraft parlamentarisch vertreten ist. Die Fraktion zählt gegenwärtig 35 Sitze (von insgesamt 626): je 6 aus Frankreich (KPF), Italien (4 Rifondazione, 2 Italienische Kommunisten) und Deutschland (PDS), 5 aus Griechenland (3 KKE, 2 Synaspismos), 4

hinzu, doch ging das zu Lasten ihres Koalitionspartners Demokratische Konvergenz (CDN), die als Mehrheitsbeschaffer nicht mehr taugt. Die UPN müßte eine Koalition mit den Sozialisten (PSOE) eingehen, aber deren Leitungsmitglied José Luis Uriel würde lieber eine Regierung mit anderen Parteien bilden. Vorbild könnte die EH-gestützte Minderheitsregierung im Baskenland sein. „Wir haben unsere Identität als linke Partei vernachlässigt“, gestand Uriel, die Bevölkerung sieht EH inzwischen als linke Kraft, und eine Konsolidierung dessen wäre für uns gefährlich.“

Diese Einschätzung wird durch die Ergebnisse von Europa- und Kommunalwahlen gestützt. Zwar wird das Bündnis EH auch weiterhin nur einen Sitz im EU-Parlament haben, doch der Zuwachs von über 125000 Stimmen ist erheblich. Etwa zehn Prozent ihrer Stimmen erhielten die „Baskischen Bürger“ übrigens außerhalb des Baskenlandes und Navarras. Knapp 20000 kamen aus Katalonien, rund 4000 aus Valencia, gut 2500 aus Madrid.

Gewinne erzielte EH auch in den Kommunen. In San Sebastian legte man um 5 auf 20 Prozent zu, in Hernani, Tolosa und anderen Städten erreichte man gar die absolute Mehrheit. EH und ETA sehen dadurch ihr Eintreten für einen Dialog über den baskischen Konflikt und das Selbstbestimmungsrecht der Basken belohnt.

Die Volkspartei unter Regierungschef José María Aznar wurde offensichtlich für ihre Halsstarrigkeit im Friedensprozeß bestraft, obwohl Aznar kurz vor den Wahlen noch medienwirksam hatte durchsickern lassen, es gebe einen direkten Kontakt zur ETA. Vor den spanischen Wahlen nächstes Jahr wird der Premier sein Verhältnis zum baskischen Problem wohl noch einmal überdenken müssen.

aus Spanien (Vereinigte Linke), 3 aus Schweden (Linkspartei), 2 aus Portugal (Kommunisten), je 1 aus den Niederlanden (neu, Sozialistische Partei), Dänemark neu, Sozialistische Volkspartei) und Finnland (VAS). Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Fraktion Anziehungskraft auch auf andere Linke im Europaparlament entwickelt. Die Auseinandersetzung um Krieg und Frieden wird dabei eine große Rolle spielen. Die Grünen haben insgesamt zugelegt; in einigen Ländern, in denen sie Stimmen gewonnen, haben die Kriegsbefürworter den Kurs nicht bzw. nicht so eindeutig bestimmen können wie bei den deutschen Grünen oder den französischen mit dem Oberkrieger Cohn-Bendit. Umgekehrt gehören der KVEL aber auch Abgeordnete aus Parteien an, die an der Regierung beteiligt und insofern für den NATO-Eroberungskrieg mitverantwortlich sind. Das Europäische Parlament konstituiert sich am 20. Juli. scc

Ein Blick auf den Zapatismus

Mexiko-Stadt, Mai 1999, alai-Poonal- Ana María Aragonés ist Historikerin, Forscherin und Dozentin für Ökonomie an der Autonomen Mexikanischen Nationaluniversität (UNAM). 1995 bat die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) Aragonés, sich ihrem BeraterInnenkreis anzuschließen. Zwei Jahre lang nahm sie an den Gesprächen zwischen Zapatisten und Regierung teil, bis die BeraterInnengruppe aufgelöst und der Dialog suspendiert wurde. Anschließend gründete die Wissenschaftlerin mit anderen das BürgerInnenNetz zur Unterstützung der zapatistischen Sache. Mit Aragonés sprach die argentinische Journalistin Adriana Atán.

Wie ist die Lage der zapatistischen Bewegung?

Sehr verzweifelt. Die Zapatisten sind sehr erschöpft, und die Regierung will sie fertigmachen.

Warum?

Weil einer der Vorschläge des Zapatismus die Demokratie ist. Mexiko hat 70 Jahre mit einer Partei, der Revolutionären Institutionellen Partei (PRI), gelebt, die den Machtwechsel nie erlaubt hat und die die Macht nicht lassen will. Die ganze Bürokratie, die sich jahrelang von der Regierung ernährte, sieht den Zapatismus zweifellos als Gefahr.

Wie bekämpft die Regierung die Zapatisten?

Auf eine ziemlich grausame Art – den schmutzigen Krieg. Nach und nach sickern die Militärs in die Gemeinden ein. Laut dem Gesetz zur Eintracht und Befriedung (in Chiapas) ist der Armee das Eindringen in das zapatistische Gebiet verboten. Trotzdem befindet sich ein Drittel der gesamten mexikanischen Streitkräfte in Chiapas. Außerdem versucht die derzeitige Regierung, Rivalität zwischen den Gemeinden zu säen. Den einen gibt sie Land, den anderen nicht. Dazu kommt die Geißel der Paramilitärs, die den Frieden unter den Indígenas ver-

hindert.

Warum vernichtet die Regierung den Zapatismus nicht endgültig?

Weil das ihr internationales Image schwer schädigen würde. Es handelt sich um eine in starken Mißkredit gebrachte Regierung: Zum ersten Mal in der Geschichte Mexikos hat die UNO das Land aufgefordert, die Menschenrechte zu beachten. Wenn die Regierung die zapatistische Bewegung durch Bombenwerfen vernichten oder Marcos umbringen würde, dann bedeutete das eine Einmischung der Großmächte in Mexiko (Anm. der Redaktion alai-Poonal: eine sehr gewagte Einschätzung).

Sieht sich der Zapatismus als Guerillabewegung?

Sie sagen, sie sind eine andere Guerilla, weil sie die friedliche Änderung der Gesellschaft suchen. Man muß daran erinnern, daß sie den bewaffneten Kampf gestoppt haben, obwohl sie Waffen haben. Normalerweise bleiben alle Guerilla-Gruppen auf diesem Weg. Sie dagegen suchen eine politische Lösung.

Wie soll die aussehen?

Die Idee ist, eine politische Gruppe zu bilden, die ein ethisches Regierungsmodell hat und einen Demokratievorschlag, wo es einen von der Zivilgesellschaft vereinbarten Machtwechsel gibt. Die Absicht ist, in koordinierter Form zusammen mit den gesellschaftlichen Gruppen für eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu kämpfen, die für alle ein Dach über dem Kopf, Gesundheit, Bildung und Arbeit garantiert.

Warum betreten die Zapatisten nicht direkt das politische Feld?

Weil sie überhaupt keine Sicherheit haben, das unter normalen Bedingungen machen zu können. Die Regierung wiederholt: „Ihr habt zugesagt, Euch dem politischen Kampf zu stellen und stellt Euch nicht, also wollt Ihr nicht.“ Sie wollen, sie haben kein Interesse, mit den Waffen weiterzukämpfen. Aber sie werden sie nicht übergeben, bis es nicht bestimmte Sicherheiten gibt. Die Regierung hat vereinbarte Verpflichtungen nicht eingehalten. Niemand garantiert ihnen, daß sie nicht von den Para-



Regierungstruppen in Chiapas

militärs umgebracht werden, wenn sie die Klandestinität verlassen.

Was hat sich in Mexiko mit dem Auftauchen des Zapatismus geändert?

Ich würde sagen, wir haben gelernt, daß das Monster PRI gestürzt werden kann. Eine Sache war es, daß das Sektierertum, in dem wir verschiedenen sozialen Gruppen lebten, langsam aufgebrochen wurde.

Nach 70 Jahren einer völlig korporativistischen Regierung, in der das Modell darin bestand, uns einzuschließen, ohne uns artikulieren zu lassen, haben wir Kontakt miteinander aufgenommen. Das hat der PRI natürlich einen Schlag versetzt, und mir scheint, die Möglichkeit eines Regierungswechsels ist da.

Hat das Auftauchen des Zapatismus diese Entwicklung beschleunigt oder erlaubt, sie zu beginnen?

Es hat sie beschleunigt, denn in gewisser Weise gab es sie schon. Aber jetzt ist eine größere Offenheit der Gesellschaft bemerkbar. Es ist einfacher, ein Treffen für irgendetwas zu organisieren. Die Leute kommen dahin, sogar Leute, die sich vorher für nichts interessierten. Ich denke, das ist etwas, wo der Zapatismus viel geholfen hat.

Sieht die EZLN ihr Projekt heute als realisierbar an?

Dann, wenn wir alle bereit sind zu kämpfen. Was deutlich ist: Dieses Modell – das einen großen Teil der Welt ausschließt – führt uns in den Ruin und zu einer Situation ungeheurer Armut in fast allen Ländern. Die Leute beginnen schon, zu sagen: „So können wir tatsächlich nicht weitermachen“. Natürlich ist es mehr als schwierig, sich den großen Machtgruppen entgegenzustellen. (Aber) die PRI verbraucht sich, und wenn wir diesen Moment der Schwäche nicht ausnutzen, verpassen wir meiner Meinung nach die Zeit für den Wechsel.

Welches Echo hat der Zapatismus auf internationaler Ebene gehabt?

Anfangs gab es viele Hilfe, und viele Länder schlossen sich diesem Kampf in Solidaritätsgruppen an. Aber mit der Zeit wird die Hilfe geringer, und das Thema nutzt sich ab. Das ist das, was die Regierung will.





Anti-Kriegsmarsch in Washington und anderen Städten: 10000 Menschen demonstrierten am 5. Juni mit einem Marsch vom Vietnam-Veteranen-Denkmal zum Pentagon, um gegen den Krieg auf dem Balkan zu protestieren. Aufgerufen zu der Aktion hatte u.a. das International Action Center, das von dem ehemaligen amerikanischen Justizminister Ramsey Clark geleitet wird. Gleichzeitig fanden Proteste in San Francisco, London, Prag, vor der Aviano-Luftwaffenbasis in Italien, in Amsterdam und anderen Städten statt.

USA: Streit um Festrede von Mumia Abu-Jamal

Olympia (epd/ND) - Um eine Festansprache des zum Tode verurteilten schwarzen Häftlings Mumia Abu-Jamal ist am Wochenende in den USA Streit entbrannt. Bei der Diplomverleihung des Evergreen College von Olympia (Staat Washington) war eine Rede des früheren Bürgerrechtsaktivisten vom Tonband abgespielt worden. Die Studenten dieser Schule suchen die Festredner traditionell selbst aus. Der Gouverneur von Washington sagte wegen der Rede Abu-Jamals seine eigene geplante Ansprache ab. Abu-Jamal sagte in der Ansprache, daß unterdrückte Menschen das Recht zur Revolution hätten. US-Amerikaner seien schließlich auch von der Rechtmäßigkeit ihrer Revolution gegen England überzeugt.

ILO Konvention gegen Kinderarbeit

Die 174 Mitgliedstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) haben bei ihrer Jahreskonferenz einstimmig eine Konvention gegen die schlimmsten Formen von Kinderarbeit verabschiedet. Sie verbietet Kinderprostitution, die Zwangsrekrutierung minderjähriger Soldaten und den Einsatz von Kindern für gesundheitsgefährdende Arbeiten. Als Kinder gelten alle Mädchen und Jungen bis 18. Die Konvention verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, sofortige Maßnahmen gegen die schlimmsten Formen von Kinderarbeit zu ergreifen. Dazu gehört auch die Bestrafung von kriminellen Arbeitgebern. In der Debatte über den Text hatte es anfangs Meinungsverschiedenheiten über die Definition von „gefährlichen Arbeiten“ und den Einsatz minderjähriger Soldaten gegeben. Indien und andere Entwicklungsländer setzten durch, daß jede Regierung selbst bestimmen kann, welche Tätigkeiten sie als gefährlich einstuft. Die Ame-

rikaner sorgten außerdem dafür, daß ein generelles Verbot von Minderjährigen in der Armee in ein Verbot der Zwangsrekrutierung von Minderjährigen umgewandelt wurde.

Chile: Großkonzert für die Menschenrechte

Santiago, 6. Juni 1999, recosur-Poonal - Vor mehr als 40.000 Personen im chilenischen Nationalstadion endete die XIX. Internationale Woche der Verhafteten-Verschwundenen mit einem Konzert verschiedener Gruppen. Das Motto der Veranstaltung war „Gerechtigkeit, nicht mehr, aber auch nicht weniger“. Die Mehrheit der TeilnehmerInnen des Konzertes waren Jugendliche, die mit Plakaten „Nein zur Straffreiheit“ oder „Wahrheit und Gerechtigkeit“ in den Händen zu den Liedern und zur Musik der LiedermacherInnen, Hiphop- und Rockgruppen sangen und tanzten. In einem an die Medien verteilten Brief warnte Sola Sierra von der veranstaltenden Gruppe der Familienangehörigen Verhafteter-Verschwunden vor den Versuchen, die Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit zu einer „archäologischen und administrativen Wahrheit“ werden zu lassen, die, statt das Problem zu lösen, es erschwere und die Straffreiheit präsent sein lasse.

Uruguay: Erneut Kritik der Konservativen an NATO

Montevideo/London, 5. Juni 1999, comcosur-Poonal - Nach Außenminister Opertti hat ein weiterer uruguayischer Spitzenpolitiker aus den Reihen der konservativen Regierungskoalition das Vorgehen der NATO auf dem Balkan kritisiert. Der Präsidentschaftskandidat der regierenden Colorado-Partei, Jorge Batlle, erklärte in London, die Auswirkungen der brasilianischen Krise seien „viel geringer“ als die Effekte „der Kri-

se im Balkan“. Batlle vor Journalisten: „Mich bestürzt es sehr, daß die Europäer überall Bomben abwerfen, ohne sich darüber Gedanken zu machen, welche Folgen ihr Handeln für den Rest der Welt haben kann.“ Weiter führte er aus: „Von welcher Warte aus betrachten sich die Europäer unserem Mercosur gegenüber als überlegen, wenn sie Kinder, Frauen und Alte unter dem Vorwand ermorden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit stoppen zu wollen? Und sie tun es, ohne die Konsequenzen zu betrachten, die ein Vorgehen der größten Militärmacht in der Geschichte der Menschheit gegen ein kleines Land – sei es nun von einem Tyrannen beherrscht oder nicht – auf das künftige Zusammenleben auf diesem Planeten hat.“ Batlle schloß mit der Bemerkung: „Wenn die Führer jegliche moralische und rechtliche Grenze überschreiten, um eine Polizeirolle auszuüben, die ihnen niemand zugestanden hat, mit welcher Autorität können sie von den am wenigsten entwickelten und schwächsten in Zukunft irgendetwas verlangen?“

London: Karneval gegen den Kapitalismus

Was als fröhlicher „Karneval gegen den Kapitalismus“ geplant war, endete als Belagerung der City of London. Die Metropole erlebte am vergangenen Freitag nachmittag die seit Jahren schwersten Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei. 46 Menschen mußten mit Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden, zwei Demonstranten wurden von Polizeiwagen überrollt. Eine we-



nig bekannte Organisation namens J 18 hatte zu der Protestkundgebung aufgerufen, an der rund 4000 Demonstranten teilnahmen. Die 400 Händler der Londoner Terminbörse Liffe wurden zum Verlassen ihres Gebäudes aufgefordert und mußten den Nachmittagshandel unterbrechen. Rauchbomben wurden in das Liffe-Gebäude geworfen, die Feuermelder auslösten. Demonstranten drangen in den Eingangsbereich und richteten beachtlichen Schaden an. Ein McDonald-Restaurant wurde verwüstet. Und auch eine Mercedes-Niederlassung wurde beschädigt. Zehn Demonstranten drangen in die britische Lloyds TSB Bank ein und ketteten sich drei Stunden lang fest.

Zusammenstellung: hav



Köln. 10 000 Menschen demonstrierten am 19. Juni gegen den Weltwirtschaftsgipfel. Gegen Armut, Rassismus und Krieg formierte sich ein Demonstrationszug durch die Innenstadt, darunter viele Kurdinnen und Kurden. Die Veranstalter hatten mit mehr Teilnehmern gerechnet. An der Menschenketten der christlichen Kampagne „Erlaßjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldigung“ beteiligten sich mehrere zehntausend Menschen. *jöd*

Klasse demonstriert gegen die Abschiebung einer Schülerin

Hannover. 150 Jugendliche haben vor dem niedersächsischen Innenministerium in Hannover gegen die Abschiebung ihrer Mitschülerin NgocThan protestiert. Das 13 Jahre alte vietnamesische Mädchen sollte nach den Forderungen der Behörden am 15. Juni zusammen mit ihrer Familie aus der Bundesrepublik ausgewiesen werden. In Ngocs Heimatort Sehnde forderten mehr als tausend Menschen mit ihrer Unterschrift einen Stop der Abschiebung. Innenminister Heiner Bartling (SPD) erklärte, er werde den Landkreis Hannover auffordern, die Abschiebung zunächst auszusetzen. *dpa*

Gegen die Abschaffung des Landes-ausländerbeirats

Frankfurt/Main. Die Kommunale Ausländervertretung (KAV) hat sich in ihrer Plenarsitzung am 7. Juni gegen die Pläne der Landesregierung ausgesprochen: „Die KAV bewertet die Absicht der neuen Landesregierung, den Landesausländerbeirat abzuschaffen, als einen integrationspolitischen Rückschritt und einen Versuch, die demokratische Selbstvertretung der Zuwanderer in Hessen schrittweise auszuhebeln. Mit Ausdrücken wie „ganzheitlicher Integrationsansatz“ wird die erfolgreiche Arbeit der Ausländerbeiräte auf Landesebene in Abrede gestellt. Für die Abschaffung des Landesausländerbeiratsgesetzes, das erst am 1.1.1999 in Kraft getreten ist, werden die Auswirkungen der restriktiven Ausländerpolitik der letzten 16 Jahre, nämlich die verhinderte Integration der Zuwanderer, als Argumente genannt. Anstatt die Rechte und Befugnisse der demokratisch legitimierten Interessenvertretung der Zuwanderer auszubauen,

sollen mit Hilfe von ernannten Gremien unsere Interessen definiert werden. Dieser Entwicklung wollen wir nicht tatenlos zusehen ...“ *aus der Erklärung, udi*

Widerstand gegen öffentliches Gelöbnis von Soldaten

Stuttgart. Am 15. Oktober will die Bundeswehr 1000 Rekruten öffentlich ihren „Schwur auf Treue und Tapferkeit fürs deutsche Vaterland“ leisten lassen. Freiwillige Polizeireserve, private Sicherheitsdienste, ABM-Kräfte auf Streife in Parks, marschierende Soldaten in der Stadtmitte – die Öffentlichkeit soll an den Anblick von Uniformen gewöhnt werden. Bei dem bislang einzigen öffentlichen Gelöbnis in Stuttgart hat es 1980 massive Proteste gegeben. 5000 gingen damals auf die Straße. Das Treffen „Ja-Stören-Gelöbnis“ will am 30. Juni Protestmaßnahmen dagegen diskutieren.

Lokalberichte Stuttgart, 18.6.

Ultrarechter Stadtrat tritt zurück

Moosburg. Enthüllungen der VVN-BdA und der Bündnisgrünen haben in der Stadt Moosburg und darüber hinaus beträchtlichen Staub aufgewirbelt. Enttarnt wurde der Moosburger Stadtrat der „Freien Wähler“, Herbert Tiedemann, als ein in der internationalen Naziszene gerühmter Geschichtsrevisionist. Dieser versuchte zuerst, sich auf die „Meinungsfreiheit“ herauszureden; außerdem habe er die Sachen ja vor seiner Stadträtätigkeit geschrieben. Recht schnell gaben die „Freien Wähler“ dann doch dem zunehmenden öffentlichen Druck nach. Tiedemann legte sein Mandat nieder. Es ist durchaus möglich, daß die ins Blickfeld gerückten Veröffentlichungen auch noch strafrechtliche Konsequenzen haben können. *VVN BdA LV Bayern*

100 Jahre krumme Dinger

Eine-Welt-Initiativen führen derzeit eine Kampagne für Bana-nen aus fairem Handel durch. Am 30. März feierte Chiquita den 100. Geburtstag. Der Konzern, der mit Dole und Del Monte 80% des Bananen-Weltmarktes kontrolliert, preist heute an, daß sein Label „nicht nur für geschmackliche Qualität, sondern auch für soziale Verantwortung und Umweltschutz“ stehe. Die Bananen-Kampagne nimmt ihn beim Wort und fordert den Konzern auf: • Die unrühmliche Geschichte aufzuarbeiten und Konsequenzen daraus zu ziehen. • Verhandlungen mit dem Dachverband der lateinamerikanischen Bananenarbeitergewerkschaften (COSIBA) über die Durchsetzung von Gewerkschafts- und Arbeitsrechten zu beginnen und diese Rechte anzuerkennen. • Die giftigsten Pestizide nicht länger einzusetzen und die Plantagen im Dialog mit Umweltorganisationen vor Ort umweltverträglich umzgestalten. • In den vom Hurrikan Mitch zerstörten Bananenregionen einen umwelt- und sozialverträglichen Wiederaufbau zu beginnen, der über reine Katastrophenhilfe hinausgeht.



Karawane indischer Landarbeiter klagt europäische Konzerne an

Leverkusen. Am 18. Juni demonstrierten 500 indische Bauern vor dem Bayer-Werk gegen ungerechten Welthandel, gefährliche Pestizide und den Einsatz von Gentechnik in der Landwirtschaft. Zuvor hatten sie als „Internationale Karawane für Solidarität und Widerstand“ (ICC) in vier Wochen 12 europäische Länder besucht. Den Abschluß bildeten die Proteste anlässlich des G7-Gipfels. Nanjunda Swamy, Präsident der 10 Mio. Mitglieder zählenden indischen Bauernorganisation KRRS, hat die Aktion initiiert. „Wir wollen den Regierungen, transnationalen Konzernen und den internationalen Organisationen im Norden direkt vor Ort unsere Ablehnung ihres Ausbeutungssystems zeigen“, erklärt der 63jährige Jurist. „Gentechnik führt zur Kontrolle unseres Lebens durch die Agrarkonzerne“. Speziell von Bayer fordert die Karawane, den Verkauf von gefährlichen Pestiziden und Pharmazeutika in Indien einzustellen und keine gentechnisch veränderten Produkte einzuführen. Die Unterstützung der Proteste durch das Sozialreferat des evang. Kirchenkreises untersagte der Superintendent von Leverkusen nach einer Intervention des Pressesprechers von Bayer. Der Konzern versuchte auch, jegliche Demonstration in der Nähe des Werkes verbieten zu lassen. Die Aktion wurde unterstützt von kritischen Betriebsräten, 3. Welt-Gruppen und Anti-Gentechnik-Initiativen. *Quelle: CL-Netz*

„kein mensch ist illegal“

2. Grenzcamp vom 7. bis 15. August

Zum zweiten Mal wird die Kampagne „kein mensch ist illegal“ an die Grenze zwischen Polen, Tschechien und Deutschland ziehen. Vom 7. bis zum 15. August 1999 treffen sich bei Zittau nur wenige Meter von der Grenze entfernt Hunderte von Aktivisten aus vielen verschiedenen Ländern.

Die Territorialgrenzen mancher Nationalstaaten werden zur Zeit ersetzt durch neue Grenzen, die nicht nur als Demarkationslinien zwischen Wohlstand und Armut fungieren: Mobilität und Bewegungsfreiheit sind ein Privileg, das wiederum neue Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse stiftet.

Das Grenzregime besteht nicht mehr aus den herkömmlichen Befestigungsanlagen. Grenzen markieren vor allem Zonen, in denen neue Kontroll- und Überwachungstechnologien erprobt werden. Grenzen falten und verschieben sich: im Landesinneren und in Drittländern, Innenstädten und überregionalen Verkehrswegen, Bahnhöfen, Computern und Behörden. Das ganze Land ist Grenzgebiet. Die Kontrollen sind überall verdachtsunabhängig und es sind Gesichtskontrollen.

Um die neuen Grenzen durchzusetzen, schürt die Politik ein Klima von Verunsicherung und Verrat, das Zustimmung zu den bevölkerungspolitischen Aus- und Einschlußkriterien herbeiführen soll. Grenze beinhaltet heute nicht nur Hochrüstung paramilitärischer Patrouillen und drakonische Strafen für Grenzdelikte, sondern auch Denunziationsappelle, gezieltes Schüren von Ressentiments und in vieler Hinsicht nichts anderes als Gehirnwäsche: Die einst heroisierte Gestalt des Fluchthelfers wird in der Eigenreklame der Grenzschützer umgedeutet und ist heute als „Schlepper“ oder „Schleuser“ Staatsfeind Nummer Eins.

Das 99er Camp ist der nächste Versuch, der Verschleierungs- und Denunziationskampagne zu widersprechen und gleichzeitig alle Menschen zu unterstützen, die sich dieser Maschinerie widersetzen wollen oder müssen. Unsere Mittel sind Aufklärung und sachliche Information, aber auch taktische Experimente, hinterhältiges Amusement und gezielte Irritationen. Unsere Absicht ist, wirksame Gegenmaßnahmen zu entfalten, die die Barbarei des herrschenden Grenzregimes nicht nur bloßstellen, sondern wo immer möglich Einhalt gebieten.

Der Kampf gegen Grenzen ist ein Kampf gegen Infrarotkameras, Plastikfesseln und Grenzschieleier. Aber auch gegen Borniertheit, Ressentiment und Rassismus.

Aus dem Aufruf der Kampagne „kein Mensch ist illegal“

99camp, c/o Forschungsstelle Flucht und Migration e.V., Gneisenaustraße 2 a, 10961 Berlin, Tel: 0172 / 89 10 825, Fax: 06181 / 18 48 92, e-mail: grenze@ibu.de

Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Wahlchancen für die PDS

In Baden-Württemberg konnte die PDS sich prozentual gegenüber der letzten Europawahl mehr als verdoppeln; prozentual lag sie mit 1,1 auch etwas über dem Ergebnis zur Bundestagswahl; an Zahl der Wähler allerdings mit 32.419 deutlich unter den 58.013 Zweitstimmen, die sie im Oktober 1998 erhielt.

Interessant sind die Ergebnisse in den größeren Städten: In Stuttgart konnte die PDS gegenüber der Bundestagswahl deutlich zulegen, sie erhielt jetzt 1,9 Prozent gegenüber 1,2 Prozent bei der Bundestagswahl. Auffällig ist, daß die Zunahme in zwei Gebieten hoch war: einmal dort, wo auch die Grünen relativ stark sind, was dafür spricht, daß vermutlich viele Linke, die im Herbst noch Grün oder SPD wählten, weil sie Kohl weg haben wollten, diesmal PDS gewählt haben (z.B. Stuttgart Mitte: Grüne EU: 22,3% BTW: 25,3, PDS EU: 3,7% BTW: 2,1%). Der Stimmenzuwachs für die PDS war aber auch hoch in Zuffenhausen (Grüne 9,7%; PDS 2,2% gegenüber 1,1% BTW). In diesem Wahlbezirks gibt es einen hohen Anteil ausländischer Bevölkerung. Man kann vermuten, daß hier die internationalistische Haltung der PDS Anhänger gefunden hat (kurdischstämmige Kandidatin, die jetzt ins Europaparlament kommt, Ablehnung des Nato-krieges auf Kundgebungen des serbischen Vereins).

Für die PDS tut sich hier eine Chance auf, aber auch Verpflichtung. Nachdem wir über die PDS in Baden-Württemberg in dieser Zeitschrift lange Zeit vor allem über harte Fraktionskämpfe und ideologische Auseinandersetzungen berichteten, scheint jetzt tatsächlich die Chance, daß sich die PDS öffentlich an einigen Orten bewähren kann und den Sprung zu einer wahrnehmbaren parlamentarischen Kraft schafft. Die Probleme sind groß: An verschiedenen Orten klafft noch eine große Lücke zwischen dem Wählerpotential und den örtlichen Kräften. Um das Wählerpotential beim Wahlsystem optimal ausschöpfen zu können, müssen Listen möglichst mit der Anzahl von zu wählenden Gemeinderäten aufgestellt werden. Das sind je nach Größe der Gemeinde in den Städten zwischen 40 und 60 Kandidatinnen und Kandidaten. Die PDS hat da nur eine Chance, wenn sie breit in ihrem Wählerfeld Unterstützung und Mitarbeit gewinnen kann.

Mit Spannung kann man also die Kommunalwahlen im Herbst erwarten, wobei es für neue Entscheidungen schon ziemlich knapp ist.

Im folgenden Übersichten aus einzelnen Orten und zum Teil etwas ausführlicher die Darstellung aus den Wahlprogrammen der PDS.

Stuttgart: PDS-Kandidatur zum Gemeinderat immer wahrscheinlicher

Am 12. Juni stellte die Wahlprogrammkommission der PDS Stuttgart auf einer Versammlung ihre bisherigen Ausarbeitungen vor (siehe Kasten umseitig). Auch wenn es bei den einzelnen Forderungen und bei einzelnen Formulierungen noch viel Kritik und Anregungen gab, waren sich die rund 15 anwesenden PDS-Mitglieder und Sympathisanten einig: der Ansatz ist richtig, und wenn es jetzt noch gelingt, ausreichend Kandidatinnen und Kandidaten zu finden, sollte einer Kandidatur nichts mehr im Wege stehen. Zu dem positivem Eindruck beitragen hat wohl auch, daß es in der PDS Stuttgart, die lange Zeit für internen Zank und Streit bekannt war, gelungen ist, eine gemeinsame politische Arbeit verschiedener Strömungen zustande zu bringen.

Einen positiven Schub für eine Kandidatur der PDS zum Gemeinderat bringt das Wahlergebnis bei der Europawahl. Kann die PDS im Herbst wieder 1,9 Prozent der Wählerstimmen mobilisieren, dürfte ihr ein Sitz im Stuttgarter Kommunalparlament sicher sein – wie auch schon die *Stuttgarter Zeitung* bemerkte.

Die sozialistische Linke in Stuttgart hat also eine ziemliche Chance: die PDS bietet eine offene Liste, die diese Bezeichnung tatsächlich verdient, die Wähler dürften auch mitmachen – was jetzt noch fehlt, sind ein paar mehr, die sich aktiv beteiligen, ihre Ideen und Vorstellungen einbringen. Die nächsten Termine sind:

10. Juli: Schlußdiskussion über das Wahlprogramm und Entscheidung über die Teilnahme an der Kommunalwahl.

17. Juli: Kandidatenversammlung und Aufstellung der Liste.

Linke Liste PDS in Heidelberg

In Heidelberg kandidiert die PDS als Linke Liste PDS mit einer Liste von vierzig Personen. Kandidat auf Platz 1 ist ein Heidelberger kurdischer Herkunft, auf Platz zwei kandidiert die Theologin Hannelis Schulte, die auch bereits zu den Europawahlen auf der PDS-Liste kandidierte. Im übrigen repräsentiert die offene Liste bis auf die Autonomen das breite Spektrum der Heidelberger Linken. Die Chancen, nach der Wahl im Gemeinderat vertreten zu sein, sind realistisch. Die PDS erhielt in Heidelberg bei den Europawahlen 2,5%, absolut waren das 1050 Wählerinnen und Wähler. Wir zitieren aus dem Wahlauftrag:

Heidelberg braucht eine linke Opposition!

Seit dem Ende der Ära Zundel hat sich in Heidelberg einiges verbessert (Karlsbtorbahnhof, Fahrradwege, Heidelberger

Dienste, Müllvermeidung und vieles andere), einiges aber auch nicht (z.B. kaum verdeckte Wirtschaftsförderung von Konzernen wie ABB, HD Druck, MLP). Deshalb muß es eine linke Opposition im Gemeinderat geben, damit die Interessen aller BürgerInnen gewahrt werden: der Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten in Industrie, Handwerk, Dienstleistungsgewerbe und im Öffentlichen Dienst; von Arbeitslosen, Sozialhilfebeziehern, RentnerInnen, Auszubildenden, StudentInnen; von (arbeitslosen) Jugendlichen, Alleinerziehenden, Kindern; von Wohnungssuchenden; Menschen mit nichtdeutschem Paß; von Mitgliedern von Bürgerinitiativen, AZ-lerInnen, AntifaschistInnen, kleinen Selbständigen um nur einige zu nennen.

Die PDS Heidelberg meint: dazu ist kräftiger Druck von links im Gemeinderat nötig. Denn:

- es ist nicht abzusehen, daß sich die Beschäftigungspolitik des Stadt so ändern wird, daß ein öffentlich geförderter Wirtschafts- und Beschäftigungssektor entsteht, in dem die Betroffenen in Selbstorganisation tätig werden können.

- es ist nicht abzusehen, daß die Stadt Heidelberg daran geht, öffentliche Dienstleistungen preiswerter zu gestalten (Bibliothek, Bäder, Müllabfuhr usw.).

- es ist nicht abzusehen, daß die Stadt ihre Zusage einhält, dem Autonomen Zentrum angemessene Räume anzubieten und daß sie eine Arbeitslosenzentrum schafft.

- es ist trotz Mietspiegels nicht erkennbar, daß die Wohnungsmieten in Heidelberg sinken oder daß die Stadt den öffentlich geförderten Wohnungsbau genug unternimmt.

- es ist nicht geplant, ausreichend, d.h. den gesamten Bedarf abdeckende Kinderbetreuungsplätze vom Säuglings- bis einschließlich Grundschulalter kosten-günstig (kostenlos) und am Ort des Be-

darfs einzurichten.

- es ist nicht absehbar, daß die Stadt ihre Verkehrspolitik, die Autoverkehr nach und durch Heidelberg zieht, grundlegend zugunsten des öffentlichen Nahverkehrs, einer Stadt der kurzen Wege usw. ändern wird.

- es ist nicht erkennbar, daß die Energiepolitik der Stadt Zeichen zum Ausstieg aus Atom und fossilen Brennstoffen und zur Förderung erneuerbarer, örtlich produzierter Energien setzt.

- es ist nicht ersichtlich, wann die Stadt Heidelberg Initiativen wie Heidelberger Agenda 21 Initiative, Gesunde Stadt, Tauschbörse, Frauenhaus usw. finanziell in die Lage versetzen wird, ihre Tätigkeit auszuweiten und so Alternativen zur gegenwärtigen Umwelt- und Wirtschaftszerstörung zu bieten.

- es ist nicht erkennbar, daß die Stadt ihren ganzen Einfluß geltend machen würde, um einer Änderung der rassistischen Ausländer- und Asylpolitik der Landes- und der Bundesregierung herbeizuführen.

Diese Aufzählung soll und kann keineswegs vollständig sein. Auch eventuell existierende positive Ansätze in der einen oder anderen Frage sollen nicht negiert werden. Vielmehr sind wir als PDS der Meinung, daß die von der Heidelberger Kommunalpolitik betroffenen und an einer linken Opposition gegen die derzeitige Politik der Stadt interessierten Menschen selbst tätig werden sollten. Wir schlagen deshalb vor, gemeinsam auf einer offenen Liste der PDS zu den diesjährigen Gemeinderatswahlen zu kandidieren.

Freiburg: PDS-Kandidaten bei der Linken Liste/Friedensliste

In Freiburg kandidiert die Linke Liste/Friedensliste erneut zu den Kommunalwahlen im Oktober 1999. Die Liste,

war bisher mit zwei Gemeinderätinnen im Kommunalparlament vertreten und bildete mit der Kandidatin der Unabhängigen Frauen eine Fraktionsgemeinschaft. Die PDS kandidiert mit drei Leuten auf der Liste (Platz 6, Platz 45 und 46). Man ist fast versucht zu sagen, zum Glück gibt es diese Liste, denn die PDS wäre nicht in der Lage, selber zu kandidieren. Am Stimmergebnis bei Wahlen liegt das nicht, die PDS erhielt jetzt bei den Europawahlen 3%, was bei der Kommunalwahl für zwei Sitze ausreichen würde. Aber nach wie vor sind die Genossen der zwei Basisorganisationen miteinander verstritten und fehlt es der örtlichen Gruppe an öffentlicher Wirksamkeit. Wir zitieren einige Kernpunkte aus dem Programm der Linken Liste:

Demokratie braucht Opposition! Und zwar innerhalb und außerhalb der Parlamente

Ohne die (Gegen-)Stimmen der Fraktionsgemeinschaft Linke Liste-Unabhängige Frauen wären in den letzten Jahren viele Entscheidungen des Gemeinderates einstimmig gefallen – ohne die Linke Liste-Unabhängige Frauen hätte es vielfach keine wirksame Opposition gegeben – und damit oftmals auch keine öffentliche Diskussion (außerhalb des Gemeinderates) darüber, ob eine bestimmte Position auch wirklich richtig oder gar notwendig ist. Denn auch die öffentliche politische Auseinandersetzung braucht Opposition!

Zum Beispiel beim ÖPNV: sowohl den Fahrpreiserhöhungen im Herbst 1994 als auch den zum 1. April 1998 in Kraft getretenen haben alle Gruppen im Gemeinderat (auch die Grünen!) zugesagt – außer der Linken Liste-Unabhängige Frauen...

Anderes Beispiel: dass keine Wohnwagen mehr auf dem Vauban-Gelände geduldet werden, Wohnwagen dort geräumt

Sozial und solidarisch in Stuttgart

Sozial und solidarisch – dafür tritt die PDS nicht nur in der „großen Politik“ ein, weshalb sie Krieg als Mittel der Außenpolitik kategorisch ablehnt, weshalb sie dafür eintritt, daß nicht Markt und Profit die Wirtschaft bestimmen, sondern die Interessen der arbeitenden Menschen. Die PDS vertritt das Prinzip des sozialen und solidarischen Umgangs, des nachbarschaftlichen Miteinanders statt Elternbogengesellschaft auch in der Politik der Gemeinde.

Wir leben hier in Stuttgart, wir arbeiten vielleicht auch hier, wir haben Verwandte, Bekannte und Freundinnen und Freunde. Jeder weiß, daß ohne das vielfältige Angebot an Infrastruktur in der Stadt – angefangen von Strom, Gas, Wasser, Verkehrssystem über Kindergärten, Tagheime und Schulen bis hin zu den Sportstätten, Kultureinrichtungen – ohne das gäbe es keine lebenswerte Stadt.

Da beginnen dann aber oft die Konflikte: soll die Infrastruktur den Interessen der großen Konzerne dienen, wie es erklärte Politik der bürgerlichen Parteien ist? Soll für Daimler eine Stadtautobahn gebaut werden? Soll der Bahnhof für die „Weltgeltung“ Stuttgarts modernisiert werden? Sollen Kindergärten und Schulen für die Förderung von Eliten da sein? Sollen Kultur, Sport usw. nur „die Spitzen“ herausstellen und fördern? Die PDS meint nein, die Bedürfnisse der Bevölkerung sollen die Gestaltung des öffentlichen Raums bestimmen, nicht die Profitinteressen von wenigen.

Wer aber stellt diese Bedürfnisse fest? Wir meinen, das sollen die Einwohner der Stadt selber tun. Und wir meinen, gar nicht unbescheiden, daß die PDS dazu einen Beitrag leisten kann. Wir können hören, wir akzeptieren nicht nur, daß die Menschen ganz verschieden leben und arbeiten, sondern wir finden das positiv. Die PDS steht dafür, daß Menschen mit

ganz verschiedenen Erfahrungen und Biographien gemeinsam Vorstellungen entwickeln, wie ein nachbarschaftliches und solidarisches Miteinander, das niemanden ausgrenzt, entstehen und bestehen kann.

Wir haben deshalb im folgenden nicht ein „Wahlprogramm“ im klassischen Sinn zusammengestellt, sondern haben aus verschiedenen Bereichen Vorstellungen und Forderungen von Initiativen und Betroffenen gesammelt. Auch bei den Kandidatinnen und Kandidaten findet sich das wieder: bei weitem nicht alle, die auf der Liste der PDS kandidieren, sind Mitglieder der Partei. Sie stehen vielmehr für verschiedene Erfahrungen und Lebenswege. Es sind Junge und Alte, Männer und Frauen, Menschen mit den verschiedensten Berufen, aus verschiedenen Ländern und Kulturen stammend, die aber gemeinsam meinen:

für ein nachbarschaftliches Miteinander

werden (Herbst 1994), die Änderung der Polizeiverordnung (schräferes Vorgehen gegen „Bettelei“) im Frühjahr 1997, die Beschlüsse zur kommunalen Kriminalprävention – gegen alle gab es nur unseire Gegenstimmen. Am deutlichsten wird die Tatsache, dass der Gemeinderat ohne die Fraktionsgemeinschaft Linke Liste-Unabhängige Frauen in trauter Einstimmigkeit zusammensetzen würde – und damit niemand seine Beschlüsse und die zugrundeliegende Denkweise hinterfragen würde, im Bereich der Wirtschaftsförderungs- und Finanzpolitik. Die Linke Liste-Unabhängige Frauen unterscheidet sich in ihren politischen Ansätzen ganz grundlegend vom gesamten Rest des Gemeinderates: alle Haushaltspläne der Stadt Freiburg sind von allen Parteien und Gruppierungen des Gemeinderates beschlossen worden – außer der LL-UF. (AllerDings, Extra zur Wahl)

Tübingen: Tübinger Linke und PDS kandieren gemeinsam

In Tübingen war bisher das Personennetz Tübinger Linke (TüL) mit Gerhard Bialas im Gemeinderat vertreten. Gerhard Bialas, der früher schon für die DKP im Gemeinderat saß, ist jetzt wieder aufgestellt worden auf der gemeinsamen Liste von Tübinger Linke und PDS. Interessant, daß auch hier die gemeinsame Absicht, in der Kommunalpolitik als parlamentarische Kraft mitzuwirken, dazu führte, daß die internen Querelen der PDS (in Tübingen gibt es nachwievor zwei Basisorganisationen) mit der inhaltlichen Arbeit verschwanden.

Mannheim: Wahrscheinlich nur die DKP

In Mannheim war die DKP bis 1994 mit Walter Ebert im Stadtrat vertreten; 1994 erhielt er nicht mehr ausreichend Stimmen. Die DKP versuchte diesmal früh Positionen zu besetzen. Sie stellte der PDS mehr oder weniger das Ultimatum, einem Parteienbündnis zuzustimmen, bloß noch, ob das ganze DKP/PDS oder PDS/DKP heißen sollte, stand zur Diskussion. Die PDS Basisorganisation wollte das nicht, sah aber zu Beginn des Jahres keine Chancen, eine eigenständige Kandidatur zu betreiben. Sie beschloß daher, nicht zu kandidieren. Einzelne PDS-Mitglieder kandidieren aber auf der DKP-Liste. Ob das gute Wahlergebnis der PDS in Mannheim (2,1%) zu einer nochmaligen Diskussion führt, steht bislang nicht fest.

Noch offen ...

Noch offen ist die Entscheidung in Konstanz, wo mit 1,6 Prozent ebenfalls ein Ergebnis erzielt wurde, mit dem eine Kandidatur zur Gemeinderat nicht einfach aussichtslos wäre. Hier entscheidet die Basisorganisation in den nächsten Tagen. *Zusammenstellung: alk*

Jenoptikstreit HBV-Thüringen widerlegt Späths Lohnlügen

Herr Späth behauptete auf der Hauptversammlung des Konzerns am 31.5. 1999, die JENOPIK AG zahle die höchsten Löhne und Gehälter in der Region. Diese Behauptung dient ihm als Beweis für die Richtigkeit der Einführung eines Haustarifvertrages mit der CGM. Einer „Christlichen Gewerkschaft Metall“, die in Jena über kein einziges bekanntes Mitglied verfügt.

Was ist wahr an dieser Behauptung? Stehen die Jenoptiker wirklich an der Spitze?

Wie sehen die Tarifverträge anderer Branchen in unserer Region aus?	
Branche	Spanne der Tariflöhne und -gehälter in DM
Jenoptik (Jena)	2572,- bis 6079,-
Banken (Deutsche-, Dresdener, ...)	3404,- bis 6371,-
Chemische Industrie (Jenapharm)	2559,- bis 5886,-
Öffentlicher Dienst (Lehrer, Stadt, ...)	1785,- bis 7796,-
Beamte (Offiziere, Richter, Prof., Wahlbeamte, ...)	2175,- bis 13812,-
Versicherungen (Allianz, ...)	3391,- bis 6622,-
Metall- und Elektroindustrie (z.B. Carl Zeiss Jena)	2653,- bis 6274,-
Haustarifvertrag bei Sanitätstechnik Eisenberg	2640,- bis 6085,-
<i>Hinzu kommen natürlich unterschiedliche Zulagen, Leistungen oder Gratifikationen.</i>	

Hat Jenoptik also wirklich die höchsten Löhne und Gehälter? Oder meint Herr Späth sich und seine Vorstandskollegen? Ein Blick in die öffentlich zugänglichen Geschäftsberichte offenbart uns die Gesamtbezüge der 5 bzw. 6 Mitglieder des Vorstandes. Diese betragen:

- 1996: 2,7 Millionen DM
- 1997: 4,3 Millionen DM
- 1998: 5,9 Millionen DM (einschließlich Abfindungen)

Herrn Späths „moderner und flexibler“ CGM-Vertrag bedeutet für die Mitarbeiter der JENOPIK AG in Jena konkret:

- das gesicherte Tarifeinkommen wird geringer (siehe unten),
- Weihnachts- und Urlaubsgeld fallen weg,
- sie werden durch die Einführung von Besitzständen von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt,
- die Realeinkommen werden durch lange Vertragslaufzeiten ohne Tarifanpassung sinken.

Weniger Realeinkommen für die Zukunft weniger Kaufkraft für die Region!

Heute: CGM-Verträge in der Jenoptik (Jena), Morgen: CGM-Verträge in den anderen Branchen, Übermorgen: Thüringen als Billiglohnland in Deutschland!!!

Der CGM-Vertrag soll nur in Jena gelten! Schriftlich gibt Herr Späth die Zusicherung, daß an den anderen Standorten der CGM nicht ohne Zustimmung der dortigen Betriebsräte eingeführt wird. Und die wird er wohl auch kaum erhalten, wenn man hiesige mit dortigen Tarifen vergleicht:

Die anderen JO-Unternehmen sind ruhig gestellt!

Jenoptik Standorte Tariflöhne und -gehälter in DM	
Jena	2572,- bis 6079,-
Berlin	2686,- bis 7040,-
Stuttgart	2685,- bis 7386,-
Hamburg/Wedel	2716,- bis 7498,-

Und in Jena gelten:

- längere Arbeitszeiten
- eine deutlich geringere Leistungszulage
- weniger Weihnachtsgeld
- keine vermögenswirksamen Leistungen
- kein Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer
- keine Betriebspensionen
- ...

IG Metall Jena-Saalfeld, August-Bebel-Straße 30, 07743 Jena
www.gewerkschaft-hbv-thr.de

Was bedeutet der CGM-Vertrag für den Tariflohn der Jenoptiker in Mark und Pfennig?

Bisherige Lohn-/Gehaltsgruppe	monatl. Brutto-Durchschnittsverdienst in DM	neues Tarifentgelt nach CGM in DM	monatliche „Verbesserung“ in DM
L5	3033,-	2800,-	- 233,-
L6	3245,-	3090,-	- 155,-
L7	3570,-	3470,-	- 100,-
L8	3894,-	3470,-	- 424,-
K3	3811,-	3470,-	- 341,-
T3	4083,-	3470,- bis 4040,-	- 613,- bis - 43,-
K4	4491,-	4040,-	- 451,-
T4	4763,-	4655,-	- 108,-
K5	5172,-	4040,- bis 4655,-	- 1132,- bis - 517,-
T5	5444,-	4655,- bis 5320,-	- 789,- bis - 124,-
T6	6261,-	5990,-	- 271,-

Schwerin will sauber bleiben

Die Schweriner Stadtverordneten haben mit großer Mehrheit beschlossen, neonazistischen Organisationen die Vergabe öffentlicher Plätze, Straßen und Räumlichkeiten zu verwehren. Der Beschuß wurde auf Initiative der VVDN-BdA von der PDS-Fraktion eingebracht. Beschlossen wurde:

1. Die LH Schwerin verpflichtet sich, neonazistischen Organisationen künftig weder das Aufstellen von Informationsständen auf städtischem Grund zu genehmigen noch Grundstücke oder Räumlichkeiten, die der Stadt gehören, für Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Dies betrifft die NPD, JN, DVU, Die Republikane (Rep), Deutsche Liste (DL), „Volksfront gegen linke Gewalt“, Bündnis Rechts, Freie Kameradschaften und verwandte Organisationen.
2. Die Stadtvertretung empfiehlt allen privaten Besitzern von Gaststätten und Veranstaltungsräumen sowie den Vermietern von Plakattafeln ebenso zu verfahren wie die Stadt Schwerin. (Dr. 1177/99)

Der beispielhafte Beschuß der Schweriner Stadtverordneten dürfte für die Stadtverwaltungen in Zukunft eine Grundlage sein, nachdrücklicher gegen geplante Neonazi- Aufmärsche vorzugehen und sich energhischer dagegen zu wahren, wenn „großzügige“ Richter meinen, dafür Sorge tragen zu müssen, daß den braunen Kolonnen die Straße freizumachen ist. Nachahmenswert für andere Städte und Gemeinden ist er in jedem Fall. *Karl Jensen, aus Zeitschrift „antifa“ Juni 1999*

Landes-AG Antifaschismus/Rechtsextremismus bei der PDS gegründet

Rathenow. Am 5.6. hat sich eine landesweite AG „Antifaschismus/Rechtsextremismus“ gegründet. Ihr vorrangigstes Ziel ist es, einen Einzug von Parteien mit rechtsextremem und rassistischem Hintergrund in den am 5. September 1999 neu zu wählenden Brandenburger Landtag zu verhindern. Aufgabenschwerpunkte sollen sein: • Vernetzung des Widerstands • Organisierung von Projekten und Aktionen gemeinsam mit anderen antifaschistischen Initiativen • Informationen über Aktivitäten und Bündnisse von rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Organisationen und Entlarvung ihrer Demagogie • politische Bildung innerhalb der PDS, Vorbereitung der KandidatInnen auf die Auseinandersetzungen mit rechtsgerichteten Kräften • Ausweitung der Berichterstattung und Diskussion auch im Internet.

* Die AG will konsequent gegen den alltäglichen Rassismus auf allen Ebenen der Gesellschaft vorgehen. Die Landesregierung soll stets an ihr Aktionsprogramm gegen Fremdenfeindlichkeit erinnert werden. AG „Antifaschismus/

Kommunale Politik

„TRINKERSATZUNG“ AUFGEHOBEN: Elmshorn. Das Schleswig-Holsteinische Oberverwaltungsgericht hat am 16. Juni die von der Stadt erlassene Passage der „Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen“ aufgehoben, nach der nur „das vorübergehende Niederlassen zum Gebrauch geringer Mengen Alkohols“ erlaubt sein sollte. Öffentliches Trinken sei keinesfalls eine straßenrechtliche Sondernutzung, sondern „ein Verhalten, das sich innerhalb der Grenzen des kommunikativen Gemeingebruchs an öffentlichen Straßen und Plätzen“ halte. Damit gab das Gericht der Klage eines betroffenen Punks recht. Das Urteil ist rechtskräftig, Revision nicht zugelassen. Die Punks, die den Geschäftsleuten der Innenstadt und der Stadtverwaltung ein Dorn im Auge sind und mit Hilfe der Satzung vertrieben werden sollten, hatten unter anderem 1200 Unterschriften gegen die Satzung gesammelt.

WARENGUTSCHEINE: Pinneberg. „Endlich bezahlen wie ein normaler Mensch“, so sieht ein Betroffener die seit April in Kraft getretene Umstellung der Sozialhilfezahlungen für Asylbewerber von Wertgutscheinen auf Geldleistungen. Mit den Wertgutscheinen gab es zahlreiche Probleme: Bei weitem nicht alle Geschäfte hatten sie akzeptiert, was z.T. dazu führte, daß Flüchtlinge überteuerzte Waren kaufen mußten bei einem Leistungssatz von 80 % der Sozialhilfe. Außerdem war die Bezahlung der Anwälte für das Asylverfahren ein Problem. Während CDU und FDP sich weiterhin für das diskriminierende Gutscheinsystem aussprachen, beabsichtigt die Änderung nach Aussage der Kreisverwaltung die Gewährleistung einer „möglichst wenig diskriminierenden Versorgung“.

SOZIALWOHNUNGEN: Nürnberg. Um 800 Wohnungen auf 35.600 hat sich im vergangenen Jahr in Nürnberg die Zahl der Sozialwohnungen verringert. Zugleich haben sich die Wohngeldzahlungen an sozial Schwache, die zum Teil in frei finanzierten Wohnungen untergebracht werden müssen, von 48,6 Mill. auf 53,5 Mill DM erhöht. Die Stadt hat jetzt beschlossen, von privaten Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften Wohnungen zu kaufen, deren Sozialbindung abgelaufen ist, um zu verhindern, daß sie frei vermietet werden. Die „weitere Sozialbindung zu kaufen“, sei für die Stadt preiswerter, als neue Millionen für Wohngeld locker zu machen.

GEMEINDEFINANZIERUNG: Saarbrücken. Die saarländischen Parteien wollen durch eine Verfassungsänderung das Land verpflichten, bei der Übertragung von Aufgaben an die Kommunen auch deren Finanzierung sicherzustellen. Die

Mitglieder der Enquetekommission für die Reform der saarländischen Verfassung sprachen sich einstimmig für das sog. Konnexitäts-Prinzip aus. Der Wunsch der Grünen, das kommunale Wahlalter auf 16 Jahre zu senken, hat keine Aussicht auf die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

GESUNDHEITSREFORM: Düsseldorf. Der Deutsche Städtebund, der Städte- und Gemeindebund und der Landkreistag lehnen die Vorschläge der Bundesregierung zur Gesundheitsreform ab. Sie kritisieren vor allem das geplante Globalbudget, die Neuregelung der Krankenhausfinanzierung und den größeren Entscheidungsspielraum der Kassen bei der Kassenzulassung neuer Krankenhäuser. Dies mache die Länderverantwortung für die Krankenhausplanung zu einem Feigenblatt, die Politik verliere den Einfluß auf die Planung an die Kassen. Leidtragende der Globalbudgetierung seien die Patienten. Mehr Behandlungsfälle könnten nicht mehr bezahlt werden, und überdies müsse ein Personalabbau befürchtet werden.

PRIVATISIERUNG: Berlin. Die Teilprivatisierung des größten deutschen Wasserunternehmens ist perfekt. Der Berliner Senat verkauft 49,9 % der Anteile der Berliner Wasserbetriebe (BWB) für 3,3 Mrd. DM an ein Konsortium aus RWE Aqua AG und den französischen Konzern Vivendi S.A (Compagnie Générale des Eaux) (je 45 %) und die Allianz (10%). Der Privatisierung wird Signalwirkung für die weitere Privatisierung der deutschen Wasserwirtschaft zugesprochen. Sie fand gegen den Widerstand von Belegschaften, Gewerkschaften und Hausbesitzern statt. Bündnis 90/Grüne wollen die Privatisierung mit einem Normenkontrollverfahren vor dem Berliner Verfassungsgericht zu Fall bringen. Der Senat nannte als Kriterien für die Privatisierung die Festschreibung der Wasserpreise bis 2003, den Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen in der Anstalt öffentlichen Rechts für 15 Jahre und die Sicherstellung der Eigenständigkeit der BWB.

ARBEITSLOSENHILFE: Augsburg. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtebundes, Articus, sagte gegenüber der „Augsburger Allgemeinen“: „Kürzungen der Arbeitslosenhilfe dürfen auf keinen Fall so ausfallen, daß sie zusätzliche Sozialhilfesfälle verursachen.“ Eine Befristung wäre nach seiner Auffassung verheerend, weil anschließend die Sozialhilfe einspringen müßte. Eine Absenkung sei problematisch, weil ergänzende Sozialhilfe fällig würde. „So würde nicht gespart, sondern es würden wieder einmal nur Lasten vom Bund auf die Kommunen verschoben.“

Zusammenstellung: ulj

Internationaler Gewerkschafterkongress in der Türkei

Vom 14.–16. Mai nahm ich in Ören (Kreis Balikesir) in der Türkei an einer internationalen Konferenz teil. Rund 300 GewerkschafterInnen aus der Türkei, Spanien, Deutschland, England, Griechenland, Frankreich, Schweiz, Bosnien-Herzegowina, Rußland, Zypern, USA, Benin, Algerien, Kolumbien und Indien trafen sich unter dem Motto „Internationale Gewerkschaftssolidarität – Arbeiter und unterdrückte Völker der ganzen Welt, vereinigt euch!“

Am Freitag stellten Vertreter der einzelnen Länder die spezifischen Probleme ihrer Länder dar. Am Samstag wurde in verschiedenen Arbeitsgruppen über die Folgen von Globalisierung, Privatisierung, Deregulierung usw. auf die Gewerkschaftsbewegung und die Notwendigkeit der Organisierung von internationaler Solidarität gegen die Angriffe des Kapitals diskutiert.

Als Teilnehmerin der Arbeitsgruppe „Wie kann die internationale Solidarität praktisch besser organisiert werden?“ konnte ich feststellen, wie unterschiedlich die Erfahrungen mit gewerkschaftlichem Internationalismus in den einzelnen Ländern sind. Die Kollegen aus Griechenland und USA beispielsweise erzählten von ihren Erfahrungen, die sie im Zusammenhang mit Boykottmaßnahmen beim Dockarbeiterstreik der englischen Kollegen oder jetzt im Zusammenhang mit dem Krieg in Jugoslawien gemacht haben. Enttäuschend war für einige sicherlich die Schilderung unserer Erfahrungen in Sachen internationaler Solidarität in den deutschen Gewerkschaften.

Die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsgruppen wurden am Sonntag in einer Abschlußerklärung zusammengefas-

st. Darin heißt es unter anderem:

„Die Konferenz fand in einer Zeit statt, in der die Angriffe des multinationalen Kapitals auf die Arbeiterbewegung und ihre Werte eine neue Dimension erreicht haben.... Es wurde erneut deutlich, daß die Probleme, mit denen die Gewerkschaften konfrontiert sind, zwar von Land zu Land unterschiedlich in Erscheinung treten, aber daß sie überall ähnliche Ursachen haben und sich nicht grundsätzlich unterscheiden... Teile der Gewerkschaften erkennen den antikapitalistischen Widerspruch, den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht mehr als wesentlich an. Vor diesem



Hintergrund verzichten sie auf die Mobilisierung von Gegenmacht und Kampf und glauben, daß die Interessen der Werktätigen durch Zugeständnisse gewahrt werden können. Dabei werden diese Interessen oft der Wettbewerbsfähigkeit

keit der einzelnen Kapitale untergeordnet und geopfert. Die Konferenz ruft die klassenbewußten GewerkschafterInnen auf, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, den Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit wieder als Grundsatzposition in der Arbeiterbewegung zu verankern.“

Darüber hinaus wurde der Natoangriff auf Jugoslawien scharf verurteilt, und es wurde eine Resolution für die Freilassung von Mumia Abu Jamal verabschiedet.

Beinahe unberührt blieb das Thema Kurdistan. Nur auf Antrag von mir und einer kurzen Diskussion unter den deutschen Teilnehmern wurde ein Zusatz zur Abschlußresolution eingebracht, der mehr als spärlich ausgefallen ist: „Die Konferenz fordert insbesondere, daß den Angriffen und Verboten gegen die Gewerkschaften in den kurdischen Städten ein Ende gemacht werden muß. Die kurdische Frage muß volksdemokratisch gelöst werden, auf der Grundlage der Brüderlichkeit der Völker.“

Beeindruckt war ich trotzdem von dieser Konferenz, die die türkischen KollegInnen unter sehr schwierigen Bedingungen organisiert haben. So erfuhrn wir erst am Ende, daß sowohl bei der Konferenz als auch beim Essen ständig zivile Polizei anwesend war. Auch beim öffentlichen Abschlußfest in der Nähe von Izmir konnten die ca. 2500 Teilnehmer nur nach Polizeikontrollen den Eingang passieren.

Um so schöner das Gefühl, mit so vielen Menschen in verschiedenen Sprachen die „Internationale“ zu singen.

Margot

Nachtrag: – Am 9. Juni fand in Karlsruhe ein Nachbereitungstreffen der deutschen Teilnehmer dieses Kongresses statt, an dem erfreulicherweise auch zwei Kollegen aus der Türkei teilnehmen konnten.

Noch einmal wurde deutlich wie groß die Bedeutung des stattgefundenen Kongresses bei den Gewerkschaften in der Türkei gewesen ist. Bereits im Vorfeld hatte es in mehreren Städten Vorbereitungskonferenzen gegeben, auf denen kontrovers über die Notwendigkeit eines internationalen Kongresses diskutiert wurde. Ein geladen zu diesen Treffen waren alle Gewerkschaftsdachverbände der Türkei. Als Erfolg konnte deshalb auch verbucht werden, daß an dem Kongress viele Hauptamtliche dieser Dachverbände

teilgenommen haben. In der Zwischenzeit gibt es bereits Gegeneinladungen für türkische Gewerkschafter z.B. nach Frankreich und Griechenland. Trotzdem wollen die türkischen Kollegen diese Konferenz nicht in der Hauptsache als Unterstützung für sich selbst verstanden wissen. Vielmehr ging und geht es ihnen um eine Vernetzung, bzw. den Ausbau des internationalen Widerstands.

Bereits auf dem Kongress wurde die Notwendigkeit einer Folgekonferenz und auch der Wunsch, daß diese in Europa, eventuell in Frankreich oder Deutschland stattfinden solle, formuliert. Ist es möglich, in Deutschland eine solche Konferenz auf die Beine zu stellen? Welche Kräfte könnten wir dafür gewinnen, diese Konferenz sowohl politisch als auch organisatorisch und finanziell zu unter-

stützen? Ist es möglich, hauptamtliche KollegInnen aus den Gewerkschaften dafür zu gewinnen?

Die 2. Konferenz sollte einen thematischen Schwerpunkt haben. Er müsste in Form von Referaten oder Thesen für die Arbeitsgruppen vorbereitet werden.

Bis dahin soll versucht werden, die in der Türkei entstandenen Kontakte unter Nutzung der zur Verfügung stehenden technischen Mittel zu verbessern bzw. zu nutzen.

Im September 1999 wird es ein weiteres Treffen geben. Inzwischen soll versucht werden über die Möglichkeiten für eine weitere Konferenz mehr Klarheit zu bekommen, um dann eine Entscheidung zu treffen. Außerdem wird es Gespräche mit den franz. KollegInnen über deren Möglichkeiten geben.



**Arbeitgeber kritisieren
Wegfall der Meldepflicht
für Arbeitslose. HB, Montag, 14.6.99.** – Die von

Arbeitsminister W. Riester angekündigte Gesetzesänderung zur Abschaffung der dreimonatigen Meldepflicht für Arbeitslose ist von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände scharf kritisiert worden. Mehrere Studien belegten, so Arbeitgeberpräsident D. Hundt, daß nur etwa 1/3 der Arbeitslosen unmittelbar dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehe und ernsthaft eine Arbeit suche. Viele andere seien nur arbeitslos gemeldet, um Sozialleistungen zu erhalten. „Wer ausgerechnet dieser Gruppe das Leben wieder einfacher machen will, lebt in einer falschen Welt.“

Chemiearbeitgeber: Senkung von Steuern und Lohnzusatzkosten! Der Präsident des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie (BAVC) P. Coenen hat die Bundesregierung zu einer deutlichen Senkung von Steuern und Lohnnebenkosten gemahnt. Die deutsche Chemieindustrie habe im internationalen Vergleich die höchsten Arbeitskosten zu verkraften.

Klinikträger gegen Gesundheitsreform. HB, Dienstag, 15.6.1999. Die rot-grüne Koalition forcere mit der geplanten Einführung eines Globalbudgets einen Kurs, den die Krankenhäuser nicht unterstützen könnten, sagte der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG), Wolfgang Pföhler. Durch das Globalbudget, mit dem die Krankenkassenbeiträge stabil gehalten werden sollen, erhielten die Krankenkassen eine „uneingeschränkte Machtstellung“. Letztlich müßten bei gedeckelten Einnahmen und Ausgaben dann die Krankenhäuser über Leistungsbegrenzungen für Patienten entscheiden, obwohl der Staat die Verantwortung tragen müsse.

Stumpfe: Tarife gehören ins Bündnis für Arbeit. HB, Mittwoch, 16.6.1999. – Gesamtmetall-Präsident W. Stumpfe bekräftigte die Forderung der Arbeitgeber, die Tarifpolitik als „eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Bündnisses“ in die laufenden Gespräche für ein Bündnis für Arbeit aufzunehmen. Zugleich machte er klar, daß das Thema Tarifpolitik spätestens vor der kommenden Lohnrunde berücksichtigt werden müsse. Andernfalls „macht es keinen Sinn, weiter über das Bündnis zu reden“.

Presseauswertung: rst

Verwaltungsreform à la CDU und FDP

Mitte Mai haben die Fraktionen von CDU und FDP im Landtag einen Gesetzentwurf „zur Beschleunigung von Entscheidungsprozessen innerhalb der öffentlichen Verwaltung“ vorgelegt. Er sieht die Einschränkung wesentlicher Rechte der Personalvertretungen und der Frauenbeauftragten vor. Da die Vorlage von den Fraktionen – und nicht wie üblich von der Landesregierung – eingebracht wurde, ist es möglich, das Machwerk ohne öffentliche Debatte in nur vier Wochen durch das Landesparlament zu peitschen.

Die Vorlage wirft ein bezeichnendes Licht auf die Absichten, die die neue Landesregierung mit der sogenannten Verwaltungsreform verfolgt. Soweit die Änderungen das Hessische Personalvertretungsgesetz betreffen, geht es vor allem darum, die Mitbestimmungsrechte der Interessenvertretungen der Beschäftigten des Landes und der Gemeinden stark einzuschränken bzw. abzuschaffen. Anordnungen oder Maßnahmen des Dienstherren, die der Mitbestimmung unterliegen, bedürfen bekanntlich der ausdrücklichen Zustimmung des Personalrats bzw. können gegen seinen Willen nur durch das Votum der Einigungsstelle durchgesetzt werden. Der Gesamtpersonalrat der Stadt Frankfurt hat den Gesetzentwurf kritisiert. Wir zitieren aus seiner Stellungnahme, aus Platzgründen stark gekürzt:

– Das Mitbestimmungsrecht in Personalangelegenheiten wird verschlechtert bzw. in Teilen völlig abgeschafft. Das betrifft z. B. die Entlassung von Beamten oder die Kündigung von Arbeitern und Angestellten. Anträge, die sich mit der Gestaltung von Arbeitsplätzen befassen, sollen nicht mehr möglich sein.
– Ebenfalls beseitigt werden soll das Mitbestimmungsrecht bei Maßnahmen der Rationalisierung und Arbeitsverdichtung.



Bei der Protestkundgebung von DGB, DAG und Ötv Hessen am 21. Juni

- Das sogenannte Letztentscheidungsrecht der Einigungsstelle wird in vielen sozialen und allen Personalangelegenheiten eingeschränkt und auf den Charakter einer Empfehlung reduziert.
- Privatisierungsmaßnahmen und die Einführung neuer Arbeitsmethoden werden der Mitbestimmung entzogen.
- Auch die schwächeren sogenannten Mitwirkungsrechte sollen ausgehebelt werden, etwa wenn es um allgemeine Maßnahmen der Personalplanung oder die Veränderung von Organisationsplänen geht. Werden z.B. Beraterfirmen eingesetzt, kann die Personalvertretung keinerlei Einfluß mehr geltend machen. Eine Beteiligung bei der Auswahl von Gutachtern entfällt ebenfalls.

Die Entrechtung der Personalvertretungen wird flankiert von Plänen, auch ihre Anzahl bzw. die Zahl der freigestellten PersonalvertreterInnen zu reduzieren.

Nach „Stadtreport“ 31.5.99, GPR Frankfurt, ola

Berufsbildungsbereich

Warnstreiks beim Internationalen Bund

Erstmals in der 50jährigen Geschichte des Internationalen Bundes (IB), dem größten Träger von berufsbildenden und beschäftigungsfördernden Maßnahmen kam es zu Warnstreiks der Beschäftigten. Dazu aufgerufen hatte der geschäftsführende Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV.

Bis zu drei Stunden wurde in München, Stuttgart, Reutlingen, Pforzheim, Karlsruhe, Freiburg, Mannheim, Darmstadt, Frankfurt(Main) und Mainz die Arbeit niedergelegt.

In Köln kam es zu einer Demonstration über 300 Streikende aus der Stadt und aus umliegenden Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen. In den neuen Ländern wurden Einrichtungen in Magdeburg, Erfurt, Frankfurt(Oder), Neuenhagen und Binz bestreikt.

In Mannheim wurden alle Einrichtungen des IB bestreikt, fast alle Beschäftigten beteiligten sich. Um 7.30 Uhr standen Streikposten an den Eingängen und danach wurde in der Neckarauer Straße eine Streikkundgebung durchgeführt, woran neben etwa 110 Beschäftigten auch ca. 60 TeilnehmerInnen der berufsbildenden Maßnahmen teilgenommen haben.

Die Geschäftsführung des IB, die nach 1990 stark in den neuen Bundesländern Einrichtungen gründete, hatte zum 31.12.1997 die Manteltarifverträge gekündigt, mit dem Ziel einer massiven Abgruppierung der Löhne der Beschäftigten, bei gleichzeitiger Anhebung der Gehälter der Führungskräfte.

In Übereinstimmung mit der Meinung der meisten MitarbeiterInnen und Mitarbeiter des IB, verfolgte die Verhand-

lungskommission der ÖTV seither einen entschiedenen Kurs. Sie verweigerte jede Gehaltsabsenkung und hielt an der Basis des alten Tarifvertrages fest, der die Gehälter und Sozialleistungen an den Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) mit den öffentlichen Arbeitgebern gebunden hatte. Die Beschäftigten des IB wollen weiterhin dem gesellschaftlichen Durchschnitt entsprechend für ihre Arbeit bezahlt werden und nicht zu Dumping-Löhnen arbeiten.

Besondere Brisanz erlangte die Tarifauseinandersetzung dadurch, daß seit dem 1. Januar 1998 neu eingestellte Beschäftigte und solche, deren oft schon Jahre bestehende Fristverträge ausliefen, um 10% schlechter bezahlt wurden und so eine Spaltung der Belegschaft hergestellt wurde. Darüber hinaus verweigerte die Geschäftsführung in diesem Jahr die sonst übliche Übernahme der Lohnerhöhungen des öffentlichen Dienstes und droht so mit weiteren Lohneinbußen.

Da die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, rief nun die Gewerkschaft ÖTV zu ersten Warnstreiks auf.

Gesundheit

Auswirkungen des Berufspendelns

„Nur Menschen in besonders guter Verfassung können sich auf die lange Fahrerei einlassen.“

Der Marburger Arbeitsmediziner und Privatdozent Ludwig Pöllmann hat 400 Pendler im hessischen Raum befragt. Auf der Bahnstrecke zwischen Kassel und dem Rhein-Main-Gebiet nehmen die meisten Pendler Fahrzeiten von täglich dreieinhalb bis vier Stunden täglich auf sich. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in Mittelhessen haben sie nur im Frankfurter Raum die Möglichkeit, eine Tätigkeit zu finden. Aus familiären und finanziellen Gründen verzichten sie auf einen Umzug. Der durchschnittliche Pendler ist jung. Keiner der Befragten war älter als 52 Jahre. Der Zusatzstreß durch das Fahren führt mit zu Frühverrentung oder vorzeitigem Ruhestand.

Pendler haben weniger Ausfallzeiten als „normale Arbeitnehmer“. Dies liegt aber insbesondere daran, daß die Anfälligen sehr bald ausscheiden oder sich einen neuen Job suchen müssen.

Die gesundheitlichen Risiken sind nicht eindeutig, Pöhlmann vermutet jedoch einen Zusammenhang mit hohem Blutdruck, Schlaganfällen und Zunahme von Herzinfarkten.

Grundproblem der Pendler ist der Zeitmangel. Soziale Isolation ist die Folge. Viele Pendler bringen sich um den Schlaf, um unter der Woche nicht ganz auf Feierabendaktivitäten zu verzichten. Das erhöht die Unfallgefahr. Die Pendler brauchen ein „gehöriges Maß an Selbstdisziplin, um die Belastung über Jahre auszuhalten.“

Die Bedingungen der Pendler werden in letzter Zeit verschärft durch zunehmende Überfüllung der Züge, Verspätungen, verpaßte Anschlüsse und wenig Komfort selbst in der 1. Klasse machen es zunehmend unmöglich, während des Berufsverkehrs ein Nickerchen zu machen, zu lesen oder gar gemütlich zu frühstücken. (Quelle Ärztezeitung 16. Juni 1999) elf

Nach dem Unfall vom 8.6.1999

Strafantrag gegen Bayer-Vorstand

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) hat bei der Staatsanwaltschaft Wuppertal Strafanzeige eingereicht. Dem Werksleiter und dem Bayer-Vorstand werden „die Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsgefährdung“, „unerlaubter Umgang mit nicht zugelassenen Stoffen“ und „schwere Gefährdung durch Freisetzung von Giften“ vorgeworfen.

Die Explosion im Wuppertaler Bayer-Werk am 8.6. ereignete sich, als im Pflanzenschutz-Technicum die Produktion des Pestizids Teldor aufgenommen wurde. Nach wie vor unklar ist, ob die Herstellung von Teldor durch die Betriebsgenehmigung abgedeckt ist. Hierzu Philipp Mimkes, Geschäftsführer der CBG: „Die sogenannten Technica bewegen sich in einer Grauzone. Sie benötigen keine Produktionsgenehmigungen, da sie offiziell nur für Versuchszwecke eingesetzt werden. Häufig werden die produzierten Stoffe dennoch verkauft, so dass man von dem illegalen Betrieb einer Anlage sprechen muss.“ Besonders ernst zu nehmen ist der Unfall, da die Bayer AG in Dormagen eine Teldor-Produktion von jährlich 10.000 Jahrestonnen plant. Das Genehmigungsverfahren für die Anlage ist noch nicht abgeschlossen, der Erörterungstermin findet am 2. August statt. Die CBG kritisiert, dass der Öffentlichkeit keine Katastrophenpläne bekannt waren, dass Menge und Zusammensetzung der ausgetretenen Stoffe nicht veröffentlicht werden und dass die Unternehmenssprecher verharmlosend von einer „Betriebsstörung mit Geruchsbelästigung“ sprechen. Ebenso bedenklich ist, dass das Bayer-Werk keine systematische Erfassung von Anwohnern und Verletzten vornimmt, so dass eine Langzeiterfassung von Gesundheitsschäden nicht möglich ist. Axel Köhler-Schnura vom CBG-Vorstand: „Es besteht der Verdacht, dass Bayer mit nicht zugelassenen und nicht dokumentierten Stoffen gearbeitet hat, für die noch nicht einmal Sicherheitsdatenblätter existieren. Damit sieht die CBG den dringenden Verdacht gegeben, dass dem Unfall in Wuppertal ein strafbares Handeln zugrunde liegt.“

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Tel: 0211-333 911 Fax: 0211-333 940



Konzernleitung will Triumph-Werk schließen. Zahlreiche Proteste im Raum Nördlingen – Triumph-International ist ein weltweit operierendes, gesundes Textilunternehmen mit 33000 Arbeitsplätzen, davon 2300 in Deutschland. Der größte Absatzmarkt für die Miederwaren ist Deutschland, dort sollen auch künftig gute Geschäfte gemacht werden, aber ohne Arbeitsplätze. Die Konzernleitung will zum 31.3.2000 ihren letzten bayer. Produktionsstätte in Nördlingen schließen und nach Osteuropa verlagern. Viele der betroffenen 250 Triumph-Arbeiterinnen sind alleinstehend oder alleinerziehend. Sie sind von Dauerarbeitslosigkeit bedroht. Die IG Metall hofft, durch Aktivitäten in der Öffentlichkeit unter dem Motto „Nördlingen muß weiter triumphieren“, die Anteilseigner-Familien Spießhofer und Braun doch noch zum Einlenken zu bewegen. Am 10. Juni demonstrierte die Triumph-Belegschaft während der Aufsichtsratssitzung vor der Konzernzentrale in München.

Weitere Einzelhandel-Streiks im Raum Köln Godorf – In der Tarifauseinandersetzung des nordrhein-westfälischen Einzelhandels wurde am 10.6. das schwedische Möbelunternehmen IKEA und der Baumarkt Wirichs, ein Unternehmen der METRO, in Köln Godorf bestreikt. Nach vielfachen ergebnislosen Verhandlungsrunden über einen neuen Lohn- und Gehaltstarifvertrag ist bei den überwiegend weiblichen Beschäftigten der Geduldsfaden gerissen. Mit ihrer Gewerkschaft hbv wehren sie sich gegen das Bestreben der Arbeitgeber, eine neue „Niedriglohngruppe“ unterhalb der derzeitigen Tarifsätze einzuführen. Der bisherige Mindeststundenlohn von 16,44 DM würde dann sinken auf 11,96 DM für unter 18jährige, auf 12,30 DM für über 18jährige, und auf 14,07 DM für über 24jährige, immer jeweils brutto. Dies sind Hungerlöhne, die den Beschäftigten die Existenzgrundlage nehmen! Die Gewerkschaft hbv fordert eine Erhöhung der Einkommen von 200,- DM

Widia-Anteilseigner wollen dieses Jahr keinen Azubi einstellen – Trotz Protesten aus der Belegschaft und einem Schreiben von Oberbürgermeisterin Annette Jäger wollen die amerikanischen Anteilseigner der Widia GmbH in diesem Jahr keinen einzigen Auszubildenden einstellen. Das geht aus Schreiben von Dan Meyer und Alan Shaffer vom Konzernvorstand hervor, die Frau Jäger und der Betriebsrat jetzt erhielten. Betriebsrat, IG Metall-Vertragsleute und Jugendvertretung haben sich an Ministerpräsident Clement gewandt und ihn gebeten, sich einzuschalten. Sie sind gespannt, ob dem Ministerpräsidenten mehr Erfolg beschieden sein wird, als Frau Jäger.

**Die PDS hat in Hamburg
ihr bestes Wahlergebnis im
Westen erreicht.** Sie hat als

einige Partei (sieht man einmal von der NPD ab, die 400 Stimmen gewann) absolut Stimmen hinzugewonnen (+5.816), wenn auch in absoluten Stimmen nicht das Bundestagswahlergebnis erreicht. Relativ wurde sie mit 3,3% so stark wie die FDP. Sie hat in drei Bezirken über 4% erhalten (Mitte 4,9%, Altona 4,2%, Eimsbüttel 4,1%) und ihren Stimmenanteil auch in den anderen Bezirken mehr als verdoppelt. Erfreulich sind auch Ergebnisse in einzelnen Stadtteilen. In 17 Stadtteilen kam die PDS über 5%, in der „PDS-Hochburg“ St. Pauli auf 17% (gegenüber 14,9% der CDU), in St. Georg auf 11,3% oder Altona-Altstadt auf 10%. Damit hat sie die negative Entwicklung in den „Szene-Stadtteilen“ in den Bundestagswahlen 1998 gestoppt und umgekehrt. Gut hat sie aber auch, wie schon bei den Bundestagswahlen, in Stadtteilen mit überdurchschnittlich armer Bevölkerung und hohem Anteil an Menschen nicht-deutscher Herkunft abgeschnitten wie in Veddel (6,4%, Dulsberg (4,7%) oder Steinshoop (4,1%). Besonders zu vermerken ist, daß die PDS bei den 18- bis 25jährigen Wählerinnen und Wählern fast 10% der Stimmen gewann (ohne Briefwähler).

Das Abschneiden der PDS weist aber auf Probleme hin. 1. Einen Übergang enttäuschter und kritischer grüner Wählerinnen und Wähler zur PDS hat es in nennenswertem Umfang nicht gegeben. Das ist auch für die Zukunft nicht zu erwarten. 2. Die vielfältige außerparlamentarische Opposition, die im politischen Leben der Stadt eine immer noch große, eigenständige Rolle spielt, hat dieses Mal wohl fast einhellig PDS gewählt. Dafür war ausschlaggebend, daß die PDS als ganze und ihre Bundestagsfraktion bei dem konsequenteren Nein zum Krieg und zu deutscher Beteiligung geblieben ist. Eine Rolle mag sicher auch gespielt haben, daß die Auseinandersetzung um die Kriegspolitik innerhalb der Hamburger GAL sehr entwickelt war und zum Austritt einer größeren Gruppe auch von Abgeordneten aus Bürgerschaft und Bezirksparlamenten geführt hat, die sich als „Regenbogen“-Gruppe konstituiert hat. Mit der Politik des Landesverbandes dagegen, die kaum entwickelt ist, hat die Entscheidung der außerparlamentarischen Linken, bei dieser Wahl PDS zu wählen, wohl nur wenig zu tun. scc

Richtigstellung falscher Wiedergabe in „*Berliner Zeitung*“ und Agenturen ist die Überschrift im PDS-Pressedienst 24/99. Dort ist zu lesen: „Rechtsextremistisch eingestellte Wählerinnen und Wähler waren und sind keine Zielgruppe der PDS und können es gar nicht sein.“

– Gregor Gysi hat in Wirklichkeit, wie stellvertretende Presseberichterin Roswitha Steinbrenner am 11. Juni mitteilte, in der öffentlichen Fraktionssitzung und in dem Gespräch mit dem Journalisten der Berliner Zeitung darauf hingewiesen, daß es Wählerinnen und Wähler rechtsextremer Parteien gibt, die nicht rassistisch eingestellt sind, sondern auf diese Art und Weise ihren sozialen Protest ausdrücken. Und er fügte hinzu, daß sich daraus die historische Aufgabe ergebe, dafür zu streiten, daß sich diese Wähler in einen links-demokratischen Prozeß einbringen.“

Am 6. Juli will das Landesverfassungsgericht NRW über eine Klage der PDS gegen die **5%-Klausel bei den Kommunalwahlen** entscheiden. Das Landesverfassungsgericht hat die Landesregierung mehrfach aufgefordert, die Klausel zu überprüfen. Seit Jahren verschleppt der Landtag eine Änderung von Gesetzen. Der Landtagspräsident entzog seinem Rechtsanwalt jetzt das Mandat zur Weiterführung des Verfahrens. Ob das Verfassungsgericht die Kommunalwahlen im September noch stoppt, ist eher unwahrscheinlich, aber nicht auszuschließen.

Die PDS-Gruppe im Europaparlament hat sich am 18. Juni auf einer Sitzung in Berlin konstituiert. Zur Sprecherin wurde auf Vorschlag des Parteivorstandes Sylvia-Yvonne Kaufmann gewählt, die den Listeplatz 1 der PDS zu den Europawahlen hatte. Die Konstituierung des neuen Europaparlaments findet am 20. Juli statt. Bis dahin muß sich eine linke Fraktion gebildet haben. Die PDS will sich der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken (KVEL) anschließen, die in der kommenden Legislaturperiode 35 der insgesamt 626 Abgeordneten stellen wird. Die PDS und die Französische Kommunistische Partei haben die stärksten Gruppen in der Fraktion.

Die Bundestagsfraktion der PDS hat einen Antrag zur „**Situation der Flüchtlinge in der Krisenregion des Kosovo**“ beschlossen. Mit den Anträgen fordert die PDS einen engagierten Einsatz der Bundesregierung für die Kosovo-Flüchtlinge. So sollen u.a. ein Asylanspruch für jugoslawischen Deserteure und Kriegsdienstverweigerer anerkannt werden, keine Kosovo-Flüchtlinge an den Grenzen zurückgewiesen und der Nachzug von Familienangehörigen ermöglicht und unbegleitete Flüchtlings- und Waisenkinder in Deutschland aufgenommen werden.

Darüberhinaus hat die Fraktion einen Antrag zur Bekämpfung der Steuerkriminalität durch kontinuierliche und bundeseinheitliche Betriebsprüfungen.

Zusammenstellung: jöd

Die Stellung der BAW widerspricht dem Grundsatz der Gewaltenteilung

Schutzschild für Rechts- und Verfassungsbruch der Regierung

Im Krieg gegen die BR Jugoslawien ist unter anderem auch ein strukturelles Problem zutage getreten, das die Rechtsstaatlichkeit der BRD betrifft: Es ist nicht gelungen, das grundgesetz- und rechtswidrige Handeln der Regierung auf dem Rechtswege zu beenden, ja auch nur prüfen zu lassen. Im Gegenteil hat sich erwiesen, daß die staatliche Exekutive über Selbstschutzmechanismen verfügt, die den Rechtsweg praktisch versperren, und mit denen sie sich, wie hier geschehen, auch im Fall schwersten Rechts- und Verfassungsbruchs vor Verfolgung schützt.

Wie berichtet, haben zahlreiche Juristinnen und Juristen, ob einzeln, in Gruppen oder über Vereinigungen, Strafanzeige gegen Mitglieder der Bundesregierung gestellt. Kern all dieser Strafanzeigen (1) ist der Verstoß der für den Angriff auf Jugoslawien Verantwortlichen gegen § 80 StGB, Vorbereitung eines Angriffskrieges. (2)

Zuständig für die Strafanzeigen war die Bundesanwaltschaft. Am 21.4. teilte sie in einer Pressemitteilung unter der Überschrift „Die deutsche Beteiligung am NATO-Einsatz in Jugoslawien erfüllt nicht den Straftatbestand des § 80 StGB (Vorbereitung eines Angriffskrieges)“ mit: „Der Generalbundesanwalt hat den Sachverhalt geprüft, jedoch keine Ermittlungen eingeleitet, weil Anhaltspunkte für eine Straftat fehlen.“

Die Begründung – das Antwortschreiben des Generalbundesanwalts an die Absender der Strafanzeigen ist mit der Presseerklärung nahezu identisch – lautet: „.... haben die für den Einsatz der Bundeswehr Verantwortlichen im Rahmen des ihnen zustehenden politischen Ermessens zusammen mit ihren Bündnispartnern ausschließlich in dem Bestreben gehandelt, eine völker- und menschenrechtswidrige Unterdrückung und Vertreibung der Kosovo-Albaner abzuwenden und zu beenden ...“ Und: Die den Strafanzeigen zugrundeliegende Einschätzung, es handele sich um einen Angriffskrieg, „läßt außer Betracht, daß es der Bundesregierung und ihren NATO-Partnern allein darum geht, die Führung der Föderativen Republik Jugoslawien nach langen vergeblichen Verhandlungen zu bewegen, von einer Unterdrückung der albanischen Volksgruppe im Kosovo abzulassen und zu einer friedlichen Politik zurückzukehren.“

Als „Beweis“ für diese Behauptung zieht sie Auszüge aus der von Schröder abgegebenen Regierungserklärung vom

26. März heran, also die Selbstrechtfertigung derjenigen, denen der Rechts- und Verfassungsbruch vorgeworfen ist.

Weitere Mühe hat sich die Bundesanwaltschaft bei der Bearbeitung der mit großer Sorgfalt ausgearbeiteten Strafanzeigen nicht gemacht. Insbesondere hat Generalbundesanwalt Nehm bei seiner Antwort das internationale Recht, das den Angriffskrieg eindeutig definiert – diese Definition ist eben nicht ins Belieben der Kriegsführenden gestellt –, keines Wortes gewürdigt. Auch die Lageberichte des Auswärtigen Amtes bzw. seine darauf beruhenden Auskünfte an die Verwaltungsgerichte, in denen das Fischer-Ministerium bis in den März 1999 hinein die ethnische Verfolgung von Kosovo-Albanern bestreit, die also zu den Legitimierungsversuchen der Bundesregierung in vollständigem Widerspruch standen (3), waren ihm keine Prüfung wert. Mit der Arroganz der Macht verweigerte er Ermittlungen, d.h. er unterband schlicht und einfach die juristische Aufklärung des Regierungshandelns.

In dem konkreten skandalösen Vorgehen des Generalbundesanwalts liegt allerdings ein grundsätzliches, schwerwiegendes Verfassungsproblem: Der Bundesanwalt ist nicht unabhängig, er ist nicht einmal dem Parlament verantwortlich, sondern ausschließlich der Bundesregierung und innerhalb der Bundesregierung dem Justizminister. Der schlägt auch dem Bundespräsidenten den Generalbundesanwalt zur Ernennung vor und kann ihn auf demselben Wege gegebenenfalls in den Ruhestand versetzen. Dem Bundesjustizminister steht nach dem Gesetz ein Weisungsrecht zu. Das ist nur dadurch eingeschränkt, daß er, wie die Bundesanwaltschaft, an das Legalitätsprinzip gebunden ist und daß er nicht die Möglichkeit hat, eine Sache an sich zu ziehen. Die Frage, was einer Bundesjustizministerin, die bei der Vorbereitung eines Angriffskrieges durch die Bundesregierung, der sie angehörig, nicht einschreitet, sondern mitstimmt, das Legalitätsprinzip wert ist, erübrigt sich.

Eine Regierung, die sich eines so schweren Rechtsbruches schuldig macht, wie es die Vorbereitung (und Führung) eines Angriffskrieges ist, hat ein mächtiges Schutzinteresse. Um so schwächer müßten ihre Möglichkeiten sein, sich selbst zu schützen. Die bürgerliche Errungenschaft der Gewaltenteilung zielt ja nicht zuletzt darauf ab, die Bindung der Exekutive an das Recht zu gewährleisten und zu verhindern, daß zu Recht erklärt wird, was der Exekutive paßt. Ähnlich wie in der großen innenpolitischen Auseinandersetzung 1977, als die Exekutive das Recht dem Interesse an der Verfolgung der RAF unterordnete und wir Zeugen einer seit dem Faschismus nicht bekannten Entfesselung der Exekutive wurden, weist auch die aktuelle Auseinandersetzung über die deutsche Außenpolitik das totalitäre Bestreben auf, die Exekutive

von den Fesseln von Recht und Verfassung zu befreien.

Daß die Bundesregierung bestrebt ist, ihr Handeln nicht durch Gerichte prüfen zu lassen, ist eine Sache. Ihren verantwortlichen Mitgliedern drohte die lebenslange Freiheitsstrafe, der BRD Schadensersatzforderungen für die ungeheuren Schäden, die die NATO bei der Zerstörung der Lebensgrundlagen Jugoslawiens angerichtet hat.

Daß die Regierung aber die Mittel hat, den Gang zum Gericht zu verhindern, ist eine andere Sache und nicht hinnehmbar. Die Verfaßtheit der Bundesanwaltschaft schlägt dem Grundsatz der Gewaltenteilung ins Gesicht; so wurde sie zum Schutzschild des Rechts- und Verfassungsbruchs der Regierung, und sie wird es bleiben können, solange sie so verfaßt ist. scc

1 Siehe z.B. die Strafanzeige von 41 Hamburger Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, abgedruckt: Lokalberichte Hamburg, 7/99

2 Dieser hat den Wortlaut: „Vorbereitung eines Angriffskrieges“

Wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs. I des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.“

Artikel 26 Abs. 1 GG hat folgenden Wortlaut: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

3 Ekkehard Sieker, Journalist beim WDR (Monitor), berichtete auf einer Veranstaltung in Hamburg folgendes: Nachdem die Berichte an die Öffentlichkeit gelangten, versuchte die rot-grüne Bundesregierung zunächst, sie der früheren Regierung anzulasten, dann, Zitate als „Fälschungen“, „aus dem Zusammenhang gerissen“ etc. darzustellen. Nachdem sie auch damit widerlegt war, zog das Auswärtige Amt die Berichte zurück, da sie nicht der empirischen Wahrheit entsprachen. Als dann aber Richter aus der ÖTV ankündigten, daß die Urteile von Verwaltungsgerichten in Asylverfahren, die auf Grundlage der Regierungsauskünfte gefällt wurden, überprüft werden müßten, wurden die Berichte für wieder zutreffend erklärt.

Der folgende Text verarbeitet Vortrag und Diskussion einer Diskussionsveranstaltung der PDS Schweinfurt am 13.6.99.

Wie entwickeln sich „Kriegstreiber“?

Der Nato-Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien hat zwei gängigen Erwartungen linker politischer Theorie nicht entsprochen. Man hätte erwartet, daß die Widersprüche im Nato-Bündnis, die Konkurrenz zwischen den beteiligten imperialistischen Mächten zunehmen würden. Und man hätte zweitens erwartet, daß im Sozialgefüge der am Angriff beteiligten Länder nur die verschwindend kleine Minderheit der wirklich Reichen am Angriffskrieg und der damit verbundenen Ostexpansion interessiert wäre.

Für beide Erwartungen lassen sich zwar viele Indizien auffinden, aber die Entscheidungen sind anders gefallen. Die Westmächte haben in der Nato zu einem gemeinsamen strategischen Ziel gefunden und konnten ihre divergierenden Interessen moderieren. Die werktätige Mittelschicht wurde zum aktiven Träger, viele sagten „Treiber“ des Kriegsgeschehens. Jetzt, nach den Europawahlen, finden wir die Kritiker des Expansionskurses in Partei und Wählerfeld der SPD und der Bündnisgrünen weiter geschwächt; die PDS, obgleich gestärkt, konnte deren Einbußen in keiner Weise auffangen, europaweit hat der Konservatismus triumphiert.

Der Angriffskrieg auf Jugoslawien ist ein Schritt der Ostexpansion, die am besten als vielschichtiges, auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erstrecktes Geschehen zu deuten ist. Obwohl es stra-

tegische Dokumente gibt und obwohl viel hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, würde die Expansion als Ergebnis einer Verschwörung nicht richtig verstanden werden können. So dürfen die Grünen- und die SPD-Politiker, die das Land in den Krieg führten, nicht als gekaufte Geschöpfe und/oder Basisverräter gesehen werden, denn damit würde erstens ihre originäre Verantwortung nur heruntergespielt, und zweitens müßten die Vorwürfe an ihnen wirkungslos abprallen, wie es auch tagtäglich geschieht. Farbbeutel, Torten, sie waschen sich's in der Pose Mißverständner einfach ab und machen weiter.

I. Die gemeinsame Ostexpansion der Westmächte

Im Ablauf des Expansionsgeschehens lassen sich materielle, strukturelle und prozessuale Komponenten auseinanderhalten. Materiell, hier im allerengsten Sinne auf den Austausch von Waren und Dienstleistungen im Rahmen der Weltwirtschaft bezogen:

Als auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige, preisgünstige Lieferanten treten die Volkswirtschaften des Balkans auf mit Rohstoffen, besonders Energieträgern, aber auch sonstigen Bodenschätzen. So dann mit Agrarprodukten und schließlich, an den Küsten des Mittel- und des Schwarzen Meeres, mit touristischen Dienstleistungen. →



Menschenrechte & Freiheiten als umfassender Herrschaftsanspruch, der wirtschaftlich, kulturell und wenn es sein muß auch militärisch durchgesetzt wird. Siegerposen auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Köln am 18. Juni 1999. (li: Außenminister Fischer mit dem russischen Außenminister Igor Iwanow; re: Schröder mit Ehepaar Clinton)

→ Im Gegenzug kommen diese Länder als Absatzmärkte in Frage, vorzugsweise für Patente und Rechte, für Investitionsgüter und für Güter des gehobenen Konsumbedarfs.

Für diese teils bestehenden, teils erst ins Auge gefaßten Wirtschaftsbeziehungen ist also ein unterschiedliches wirtschaftliches und damit verbunden technisches und kulturelles Niveau charakteristisch.

Anzumerken ist an dieser Stelle, daß sich Beziehungen dieses Typs auch innerhalb des Feldes der jetzigen Ostexpansion finden lassen. Eine derart herausgehobene Position hatte etwa die frühere DDR im RGW, aber auch die Wirtschaftsbeziehungen des relativ entwickelten Jugoslawien auf den Ostmärkten waren von dieser Art. In der Ära des Realsozialismus und der damit verbundenen Plan- bzw. Kommandowirtschaft wurde versucht, solche Niveau-Unterschiede auszugleichen. Die Marktwirtschaft der Westmächte arbeitet mit ihnen.

Sollte es dazu kommen, daß Jugoslawien die von den Westmächten zerstörten Industrieanlagen mit Kapital aus dem Westen ersetzen muß, so ist nicht abzusehen, womit das Land auch nur die in harten Devisen fälligen Zinsen zahlen soll. Seine Produkte dürften auf den Westmärkten auf übermächtige Konkurrenz stoßen und auf den Ostmärkten auf Devisenmangel. Jugoslawien, wie es gegenwärtig ist, kann mit Tourismus nichts Nennenswertes verdienen, und auch den Agrarprodukten haftet Kriegsgeruch – Strahlung, Gift – an.

Die im Gesamtkomplex der Ostexpansion teil projektierten, teils realisierten Wirtschaftsbeziehungen ereignen sich in einem Spannungsfeld zwischen hier höherer und dort niedrigerer Produktivkraft der Industrie. Sie sind von vornherein nicht auf Ausgleich und Entwicklung gerichtet, sondern auf optimale Ausnutzung der jeweiligen unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gerechnet vorteilhaftesten Standorte. Die Folge: Die Ungleichheit, die am Ausgangspunkt dieser Wirtschaftsbeziehungen steht, verfestigt sich zur Struktur.

Struktur der Ungleichheit

Die verfestigte Ungleichheit der Produktivkraft der Industrie setzt im sozialen

Prozeß das Gefühl von Überlegenheit und Unterlegenheit, im technischen Bereich von Leitung und Ausführung, im finanziellen Bereich von Gläubiger und Schuldner.

Eine in vieler Hinsicht ähnliche geschichtliche Situation, die Ostexpansion des deutschen Faschismus, war mit einer Theorie, Ideologie, oder besser, gut organisierten Lüge verbunden. Rassenwahn, Bestimmung des deutschen Volkes zu Herrschaft, Bestimmung der anderen zu Knechtschaft oder Nichtsein. Im Unterschied dazu propagiert die heutige Ostexpansion die Rechtsgleichheit sämtlicher Menschen. Zwar spült die Ostexpansion das politische Gedankengut des Faschismus wieder hoch, aber die tragende Ideologie der Expansion ist nicht faschistisch, sondern, wie es heißt: menschenrechtlich. Das Expansionsgeschehen rankt sich um den Gedanken der Menschenrechte – als Rechte müssen sie notwendig gleich sein – mithin also der Gleichheit. Die realen Ungleichheiten, an denen die Expansion ansetzt und die sie produziert, sind gleichsam Nebenprodukt, Kollateralschäden im Kampf um Menschenrechte und Gleichheit. Die Gewährleistung von Ungleichheit durch Gleichheit ist ein Problem, das die bürgerliche Gesellschaft durch Herausnahme des Eigentums aus der Gleichheitsvorstellung gelöst hat, es bilden sich politische Klassen.

Die weltweite Durchsetzung von Menschenrechte & Freiheit des Eigentums hat trotz der Ähnlichkeit mit jenem geschichtlichen Vorgang der bürgerlichen Revolution andere Folgen. Damals richteten sich die Forderungen nach Freiheit, Gleichheit, Eigentum gegen die politisch privilegierten Klassen des grundbesitzenden Adels und auf die Befreiung der Bauern von feudalen Lasten. Sie hatten Entwicklung zum Ziel. Die heutige mit der Forderung nach Menschenrecht & Freiheit verbundene Ostexpansion fängt mit Ungleichheit an und hält sie fest.

Prozeß der Unterwerfung

Die Ostexpansion führt, das zeigen die Daten, zur Expropriation bisherigen Eigentums, es sei staatlich, genossenschaftlich, persönlich oder privat gewesen. Der politische Streit um die Rahmenbedingungen spitzt sich regelmäßig zu auf Pro-

tektionismus und Dirigismus, materiell auf Fragen wie Freiheit zum Erwerb von Grundeigentum, Freiheit, Gewinne zu retransfieren, Freiheit, Führungspositionen unbehindert mit Leuten des Vertrauens der Eigentümer zu besetzen, und manch andere, recht übersichtlich im M.A.I. zusammengefaßte Fragen.

Greifen hier die Menschenrechte & Freiheiten, so kommt es zu einer gigantischen Eigentumsübertragung in Richtung der leistungsfähigeren Wirtschaftsverbände. Der Prozeß der Zentralisation des Kapitals gewinnt im Weltmaßstab umfassende, d.h. auch den politischen und kulturellen Bereich einreißende Herrschaftsqualität. Ganze Kultur- und Lebenszusammenhänge, Völker, Regionen werden aus der Bestimmung der Wirtschaftsprozesse eliminiert. Wer wollte leugnen, daß die Welt der großen Konzerne und der Hochfinanz ethnisch gesäubert, eine Domäne des Abendlandes geworden ist, eine Domäne, die durch arbeitsteilige Wirtschaft und gleiche Rechtsbedingungen charakterisiert ist und die durch Militärgewalt in ihrer universalen, weltweiten Geltungsanspruch vertreten wird.

Der Blick auf den Prozeß liefert eine Erklärung für die Handlungsfähigkeit des Militärpaktes der Westmächte. Sie alle nämlich sitzen in der hierarchisch geordneten Weltwirtschaft im oberen Bereich. Profite, aber auch Leitungsaufgaben fallen ihnen zu. Es gibt Übergangs- zonen und Länder in Übergangs- zonen, aber vor allem gibt es Grenzen. Die begünstigten Mächte schützen eine Rechts- ordnung, die ihre Position schützt.

Der Unterschied vor allem zur Kolonialzeit des 19. Jahrhunderts ist deutlich: Während die entwickelten kapitalistischen und imperialistischen Länder sämtlich Einflußbereiche vor dem Einfluß der Konkurrenten schützen und politisch, d.h. auch militärisch abzugrenzen strebten, kann sich die heutige Expansion auf eine weltweit gleich geltende Marktordnung zum Ziel setzen.

Mit diesen Argumenten soll keineswegs belegt werden, daß Konflikte zwischen den am Imperium beteiligten Mächten, insbesondere zur Hegemonialmacht USA nicht aufbrechen könnten. Es geht um die Unterschiede zur Situation im Vorfeld des Ersten Weltkrieges und dann des Zweiten Weltkrieges. Kultursammenhänge, Völker und Staaten, die bereits Opfer der Expansion sind, führen deswegen die Auseinandersetzung regelmäßig wegen der fehlenden soziale Dimension der Menschenrechte. Sie befinden sich alle in der großen Schwierigkeit, daß nur eine Synthese von sozialen und politischen Rechten, von Daseinsvorsorge und Individualrechten eine tragfähige Gegenposition begründen könnte.

II. Die breite Unterstützung der Expansion

Der Blick auf diese Strukturen liefert

auch einen Ansatz für das Verständnis der Unterstützung und des Zusammenhalts der Gesellschaften, die die Expansion forcieren. Die skizzierte Ausformung der internationalen, besser weltweiten Arbeitsteilung schafft in den expandierenden Gesellschaften ein spezifisches, dynamisch mit den Strukturen des Ganzen verbundenes Sozialgefüge. Expandiert die freie Welt, expandiert die deutsche Wirtschaft mit, und mit ihrer Expansion nehmen Anzahl und Anteil der guten Posten, der interessanten Arbeit zu. Die steigende Nachfrage an technischem und Verwaltungsmanagement führt zu den sogenannten „Besserverdienenden“, eine breiten Schicht, die ihren Lebensunterhalt zwar über Arbeit suchen muß, aber am Profit beteiligt wird und Vermögen akkumuliert. Der Umfang solcher Vermögen – zum Beispiel in den immer beliebter werdenden Aktien – mag in Hinsicht auf Einflußnahme aufs Wirtschaftsleben lächerlich sein, in Hinsicht auf die Organisation der eigenen Reproduktion handelt es sich um – im Sinne von Möglichkeiten der Lebensplanung – strategische Größen.

In der BRD ist in den letzten Jahrzehnten eine solche Mittelklasse, die als Konzernangestellte oder auch als selbstständige Dienstleister von Arbeit leben und am Profit teilhaben, gewachsen.

Es ist nicht leicht zu erklären, wieso die einzelnen Personen, die in einer solchen Situation leben, an der zahlenmäßigen absoluten und relativen Ausdehnung ihrer Lebensweise vital interessiert sein sollten. Aber dennoch ist es so.

Ganz roh und oberflächlich: Die Daseinsbedingungen, die einer bestimmten Lebensweise entsprechen, lassen sich in einem parlamentarisch-demokratischen System immer leichter durchsetzen, wenn das Milieu größer ist. Wenn es um

letztlich lohnabhängige Arbeit geht, mindert die Ausdehnung der Nachfrage den Konkurrenzdruck, bei den Freiberuflern wird das Geschäft belebt. Alles Motive, aber schwache Motive. Schwach, weil sie auch mit dem Status quo zufrieden bleiben und nicht notwendig auf Expansion drängen müssen.

Eine stärkere Motivlage wird sichtbar, wenn sich der Blick nicht bloß auf das momentane Dasein, sondern auf die Reproduktion, die Übertragung des kulturellen, sozialen und ökonomischen Kapitals über die Generationen richtet.

Schrumpfende Klassen begegnen dem Problem, daß der von ihnen erzogene Nachwuchs nicht die Positionen vorfindet, in die er hineinwachsen kann. Das unterminiert die ganze Lebensweise, die das Miteinander von Generationen und Geschlechtern organisiert. Das Existenzrisiko, das soziale Aus, der Tod im Sinne von Nicht-Fortsetzbarkeit der Lebensweise kann nur durch deren Expansion wirksam minimiert werden. Hier heißt es steigen oder fallen.

Die Aussicht auf die Expansion der eigenen Lebensweise reißt die davon berührten Schichten mit, nicht einfach wegen der Vorteile, sondern wegen des Daseinsrisikos, das für sie spätestens im Laufe eines längeren Arbeitslebens oder im Familienverband real würde. Es geht um Sicherheit. Aus der Reproduktion der Klassen und Schichten, der Übertragung kulturellen Kapitals im Familienverbund („soziale Vererbung“) über die Generationen hinweg erklärt sich das spontane, vitale und ziemlich bedenkenlose Interesse an der Expansion.

Die Linke hat in ihrer Kritik an den ja durchaus schon lange erkennbaren Expansionsabsichten der Konzerne diese Verklebung nicht berücksichtigt, sie ist darauf nicht gestoßen, weil die klassi-

schen Mobilisierungsmuster des Kapitals, z.B. des deutschen, nicht mit Menschenrechten & Freiheit verbundene waren.

Die Form der Expansion, die eine Konkurrenz unter gleichen Rechten nach der Leistungsfähigkeit organisiert, verbündet das Auge. Der Charakter der Expansion als imperialistischer, mit militärischen Mitteln geführter Kampf gegen die Selbstbestimmung von Ländern und Regionen ist alles andere als offensichtlich. Was vor Augen tritt, ist Zunahme der Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung mit erfolgreich expandierender Wirtschaft.

III. Konsequenzen

Die Tatsache, daß in den Ländern der früheren DDR die Zustimmung zur Expansion bedeutend schwächer ist als im Westen, spricht zunächst einmal für die tragende Rolle der werktätigen und eigentumshaltenden Mittelklasse für die Kriegsführung. Aber wie es ja bekannt genug ist, werden politische Entscheidungen nicht nur durch aktuelle Lagen, sondern auch durch Hoffnungen, durch Trends etc. beeinflußt.

Eher schon dürften Unterschiede in der Lebensweise den Ausschlag geben. In der Gesellschaft des Westens sind die Aussichten auf Lebensglück mit dem Florieren der Wirtschaft verbunden.

In den früheren DDR Ländern gibt es – siehe auch die große Wählerschaft der PDS – andere Vorstellungen.

Werin unterscheidet sich der „Reformismus“ der PDS vom „Reformismus“ der SPD? Grundlegend wohl darin, daß die PDS, als Partei, aber auch als gesellschaftliche Strömung, nach nicht-expansiven Reformmodellen sucht und, die bekannten Stichworte kommunale Wirtschaft, Genossenschaftswirtschaft usw. müssen auch hier einfach noch mal ausgesprochen werden, mit ihren Wahlergebnisse auch in Reichweite der Gestaltung kommt.

Am Horizont zeichnen sich neue Konflikte ab: Werden die Gesellschaften des freien Westens hinnehmen, daß in ihrem Inneren Wirtschaftskreisläufe entstehen, die sich der Standortlogik entziehen? Hat der Kampf um das Nebeneinander verschiedener Eigentumsformen praktische Aussichten? Kann genossenschaftliche Arbeit anderes organisiert werden als als Arbeit für Private? Kann sich unter der Herrschaft des Imperialismus eine Lebensweise in Distanz zu Expansionslogik festsetzen?

Das Ergebnis der Europawahl bietet die ausgezeichnete Möglichkeit, diese programmatischen Fragen im Zusammenhang der europäischen Linksparteien und, in der BRD, aus einer institutional abgesicherten und – in den Ostländern auch bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt praktisch-politisch nicht mehr hilflosen Situation heraus anfassen zu können.

maf



Die Spekulation des Westens, den Wiederaufbau Jugoslawiens in seiner Regie durchzuführen, muß nicht aufgehen: Bei aller wirtschaftlichen Schwäche Rußlands könnten Brücken und Industrieanlagen geliefert werden und – was fast noch wichtiger ist – von Jugoslawien auch mit Warenlieferungen bezahlt werden.

Zuerst die Überlebenden!

Für Donnerstag, 17. Juni 1999, hatte Kanzleramtsminister Hombach zur Arbeitsgruppe Zwangs- und Sklavenarbeit nach Bonn eingeladen. Wie schon bei den Verhandlungen am 12. Mai in Washington bestand die deutsche Delegation im wesentlichen aus Industrievertretern und Ministerialbeamten. Die Überlebenden bleiben ausgeschlossen.

Zu welchen Ergebnissen das führt, zeigt das am letzten Donnerstag von 16 Industriefirmen vorgelegte Stiftungskonzept für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter: Es ist arrogant im Tonfall, demütigend in der Haltung und fachlich völlig unzureichend.

Nur durch Klagen der Überlebenden vor deutschen und amerikanischen Gerichten ist Bewegung in die seit Jahren verweigerte Diskussion um Anerkennung und Entschädigung für NS-Zwangsarbeit gebracht worden. Nach 54 Jahren des Wartens wollen die Überlebenden als Gegner – im guten Sinne – ernst genommen und an den Verhandlungen beteiligt werden. Da ihnen diese Beteiligung bis heute verweigert wird, führte der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte am gleichen Tag ebenfalls eine Pressekonferenz durch mit Eduard Szobsld, Sprecher einer Gruppe von damals über 1060 KZ Häftlingen, die nach dem Warschauer Aufstand über Dachau zur Zwangsarbeit bei Daimler-Benz in Mannheim verschleppt wurden. Seit 1991 korrespondieren die heute noch 60 Überlebenden mit dem Stuttgarter Weltkonzern. Erfolglos! Deshalb klagt die Gruppe jetzt vor deutschen und amerikanischen Gerichten. Sowie Salvatore Maria Bertorelli, der von der deutschen Wehrmacht in Italien als Geisel genommen und zur Zwangsarbeit bei der Kali-Chemie AG in Brunsbüttel verschleppt wurde.

Die Fakten: Über zehn Millionen Men-



schen sind im Dritten Reich zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden. Sie wurden ihrer Freiheit beraubt, viele verloren ihre Gesundheit, Tausende starben. Die Sklavenarbeit wurde durch den obersten Gerichtshof in Nürnberg als Verbrechen gegen die Menschheit gekennzeichnet. Der verantwortliche Reichsleiter für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, ist zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

Alle größeren Industrieunternehmen haben Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beschäftigt. So konnten sie unter Kriegsbedingungen weiter produzieren, die kriegswichtigen Güter konnten zu festgelegten Preisen an die Wehrmacht verkauft werden. Die Gewinne der beteiligten Unternehmen explodierten.

Auch das Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit verdankt sich dem rücksichtslosen Zwangs- und Sklavenarbeitsprogramm. Die Firmen verlangten unter dem Vorwand, die Kriegsproduktion sichern zu müssen, eine Verlegung ihrer Fabriken unter die Erde. Tausende KZ-Häftlinge sind bei der Sprengung und Aushöhlung der Katakomben für diese Produktion der letzten Kriegsmonate gestorben. Die Produktionsanlagen haben den Krieg fast unversehrt überstanden. Nur so ist es zu erklären, daß bereits im Sommer 1946 der zehntausendste Nachkriegskäfer vom Band lief.

Die Initiative zur Beschäftigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ging fast immer von der Industrie aus. Das gilt sowohl für die „normale“ Produktion als auch für die Errichtung der unterirdischen Produktionsstätten. Für Verschleppung, Freiheitsberaubung, Gesundheitsschäden und verweigerte Lohnzahlung haben die Opfer des Sklavenarbeitsprogramms einen Anspruch auf Schadenersatz.

Trotzdem ist NS-Zwangsarbeit weder von Seiten des Staates und – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auch nicht von den nutznießenden Firmen entschädigt worden.

Daß die Überlebenden ihre Schadenersatzforderungen nie durchsetzen konnten, lag an dem von Hermann-Josef Abs im Auftrag von Konrad Adenauer ausgehandelten Londoner Schuldenabkommen von 1953. Es vertagte die Regelung von Schadenersatzansprüchen auf die Zeit nach Abschluß eines endgültigen Friedensvertrages. Erst jetzt können entsprechende Forderungen gerichtlich durchgesetzt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil vom 13. Mai 1996 (veröffentlicht am 2. Juli 1996) ausdrücklich festgestellt, daß mit dem Abschluß des 2+4-Vertrages die Stundungswirkung des Londoner Schuldenabkommens entfällt.

Aktuelle Situation: Obwohl die Koalitionsfraktion der neuen Bundesregierung die Einrichtung einer „Bundesstiftung Entschädigung für NS-Zwangsarbeit“ unter Beteiligung der deutschen In-

dustrie fest vereinbart haben, sind die Planungen hierfür bisher nicht begonnen worden.

Statt dessen hat man unter Leitung von Kanzleramtsminister Bodo Hombach das Thema fast ausschließlich unter dem Aspekt des Schutzes von Wirtschaftsinteressen behandelt. Mit weitreichenden Konsequenzen: Die Ergebnisse der von Herrn Hombach hinzugezogenen Expertenkommission wurden nicht in politisches Handeln umgesetzt, vielmehr von Industrie und Ministerienvertretern so zusammengestrichen, daß Opferinteressen hierin nicht mehr vorzufinden waren. Eine Beteiligung der Überlebenden und ihrer Organisationen wurde kategorisch verweigert.

Auf Anregungen der Verfolgtenverbände wurde hinhaltend bis arrogant zurückweisend reagiert. Ergebnis dieser Politik ist das am letzten Donnerstag von 16 führenden Industrieunternehmen vorgelegte Konzept für eine Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Das Konzept ist inhaltlich voller Lücken:

Nach über neun Monaten der Vorbereitung beteiligen sich lediglich 16 Unternehmen an der Stiftungsinitiative.

Noch immer ist nicht bekannt, mit welcher Summe die Stiftung ausgestattet werden soll und an welche Auszahlung an Überlebende gedacht ist.

Nur wer länger als sechs Monate Zwangsarbeit in einem Unternehmen leisten mußte, ist antragsberechtigt. Die Stiftung will nur „bedürftige Überlebende“ als Antragsteller akzeptieren.

Die Weigerung der Industrie und der Bundesregierung, die Überlebenden als gleichberechtigte Verhandlungspartner zu akzeptieren, hat dazu geführt, daß sie in der Konzeption der Industriestiftung nur noch als Objekte von Fürsorglichkeit, nicht länger als leidende Subjekte mit Schadenersatzansprüchen, existieren. Obwohl nach Auffassung der Industrie rechtliche Schadenersatzansprüche gar nicht existieren, sollen die Überlebenden jedoch – bevor überhaupt eine Stiftung eingerichtet wird – auf alle Schadenersatzansprüche verzichten.

Die Zahlungen an die Überlebenden sollen sich nicht an der Schwere des zugefügten Unrechtes, sondern vielmehr an deren heutiger Rentenhöhe orientieren.

Forderungen: Es ist trügerisch und unmöglich, daß die Überlebenden erneut selektiert und katalogisiert werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, endlich die Beteiligung der Industrie an einer einheitlichen Bundesstiftung sicherzustellen und dafür zu sorgen, daß diese ihre Leistungen ausschließlich orientiert am Verfolgungsschicksal und nicht selektiv nach Einkommen leistet.

Beim Aushandlungsprozeß dieser Bundesstiftung sind die Überlebenden und ihre Verbände als gleichberechtigte Verhandlungspartner zu beteiligen.

Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte.

Gehat hab ich a hejm...

Gehabt hab' ich ein Heim...: Der Krakauer Stadtteil Kasimierz zu Lebzeiten von Mordechaj Gebirtig in der Fotografie

Das EL-DE-Haus in Köln, Appellhofplatz 23-25 zeigt noch bis zum 18. Juli (Di-Fr, 10-16 h und Sa, So 11-16 h) in einer Ausstellung Bilder des Krakauer jüdischen Stadtviertels Kasimierz. Die 56 Photographien stammen aus der Zeit bis September 1939. Sie zeigen Gebäude des Stadtviertels und die Menschen, wie sie dort lebten. 60000 jüdische Einwohner wohnten in Krakau 1939. Der Dichter, Komponist und Liedersänger Mordechaj Gebirtig lebte in Kasimierz. Seine Lieder berichten von den Entbehrungen, den Kämpfen, den Hoffnungen, den Erwartungen. Mordechaj Gebirtig verdiente den Lebensunterhalt für seine Familie als Möbeltischler. 1905 wurde zum ersten Mal ein Gedicht von ihm veröffentlicht in der jiddischen Krakauer Zeitung „Socjaldemokrat“, der Titel: „Der generalschtrajk“. Seine Lieder wurden in der ganzen Welt bekannt. Die Fotoausstellung gibt einen genauen Eindruck der Welt, über die Mordechaj Gebirtig 1941 schrieb:

„Gehabt hab ich ein Heim, ein warmes Stückchen Raum,
ein bißchen Wirtschaft, wie bei armen Leuten.

Die Angehörigen der deutschen Besatzungsmacht ermordeten fast die gesamte jüdische Bevölkerung Krakaus, auch Mordechaj Gebirtig und seine Familie. Nur sehr wenige konnten überleben.

Der Krakauer Philosoph Henryk Halkowski schrieb: „Es gibt jene Juden nicht mehr. Man kann sich jedoch bemühen, die Erinnerung an sie festzuhalten und zu bewahren – nicht nur die an ihren Kampf und ihren Tod, wie in Warschau und Auschwitz, sondern auch an ihr Leben, an die Werte, die einst ihr Leben bestimmt hatten, ihre Innenwelt und ihre unwiederholbare Kultur. Und Krakau war einer jener Orte, wo dieses Leben am reichsten, am schönsten, am vielfältigsten gewesen war – und wo die meisten Spuren davon erhalten blieben...“

In der Broschüre zur Ausstellung stellt Henryk Halkowski fest: „Die Frage, ob es unter den jüdischen Handwerkern und



Mordechaj Gebirtig (1877-1942)

letzten deutschen Überfallkrieges sind nicht vergessen. Die Foto-Ausstellung kann auch Hartherzigen deutlich machen, daß der Krieg kein Mittel der Politik sein darf.

gba

Arbeitslosenmarsch

Eins, zwei, drei, vier,
Arbeitslose kommen hier,
die nicht hören mondenlang
der Fabriken Hammerklang.
s liegt das Werkzeug kalt, vergessen,
halb von Rost schon aufgefressen.
Wir spazieren auf der Straß
wie die Reichen, nur zum Späß.

Ein, zwei, drei, vier,
Arbeitslose kommen hier,
ohne Heim und ohne G'wand,
unser Bett ist Lehm und Sand.
Hat noch wer was zu genießen,
teilt man sich in jeden Bissen.
Wasser wie die Reichen Wein
gießen wir in uns hinein.

Eins, zwei, drei, vier,
Arbeitslose kommen hier,
haben lange schwer geschafft,
was die Reichen an sich raffen:
Häuser, Schlösser, Städte, Länder
für ein Häufele Verschwender.
Unser Lohn dafür ist bloß:
Hunger, Not und arbeitslos.

Eins, zwei, drei, vier,
und darum marschieren wir,
Arbeitslose, Tritt bei Tritt,
und wir singen uns ein Lied
von dem neuen bessern Leben:
wird es freie Menschen geben,
arbeitslos ist keine Hand
in dem neuen freien Land.

*Übersetzung aus dem Jiddischen:
Hubert Witt*



Verbunden wie Wurzeln mit einem Baum
bin ich mit meinem bißchen Armut.“
übersetzt von M. Lemm

Und er schrieb weiter:

„Gekommen sind sie mit Feindschaft,
Haß und Tod,
Mein armes bißchen Heim, das ich besaß.
Was ich mir mit schwerer Arbeit jahre-
lang aufgebaut habe,
Vernichtet haben sie das in einem Tag.“
Mai 1941

Kaufleuten, die auf dem Nowy-Platz (im Volksmund Judenplatz genannt) in der Szeroka-Straße, Jósefa-Straße, Krakowska-Straße ihrem Gewerbe nachgingen, keine Talente vom Range eines Gebirtig gab, kann schwerlich beantwortet werden, denn diesem Leben setzten der Zweite Weltkrieg und die deutsche Besatzung ein jähes Ende.“

Deutschland führt derzeit erneut einen Angriffskrieg, gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Die Verbrechen des

1. Juni bis 11. Juli 1999: Die Ausstellung *Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944* kehrt nach Hamburg zurück und ist zu sehen in der Freien Akademie der Künste Hamburg, Klosterwall 23, täglich von 9-18 Uhr. Das ständig aktualisierte Begleitprogramm befindet sich im Internet unter: <http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/sozS/vernichtungskrieg>

26. Juni 1999: Sitzung des Arbeitsausschusses des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, ab 11.15 Uhr, Hauptbahnhof Fulda. Treffpunkt: Servicepoint. Tagesordnungsvorschlag: Wie weiter nach der bundesdeutschen Kriegsbeteiligung und den Europawahlen? • Vorbereitung der Linken Schule Friedrichroda / Programmdiskussion der PDS • Politische Berichte • Finanzen des Forums.

26. Juni 1999: Frankfurt, Blockade der Rhein-Main-Airbase, „Der Krieg ist nicht vorbei! NATO ist Besatzungsmacht“, 10 Uhr, Treffpunkt: Bahnhof Neu-Isenburg/Zeppelinheim, Infos auch d.beutner@link-f.rhein-main.de. Kontakt: DFG-VK LV Hessen, Vogelsbergstr. 17, 60316 Frankfurt, Tel.: 069/431440, Fax: 069/4990007 E-Mail: dfgvkffm@t-online.de Internet: <http://www.dfg-vk.de>

28./29. Juni 1999: Gipfel Lateinamerika – Europa in Rio de Janeiro

9. bis 10. Juli 1999: Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg in Friedrichshafen.

20. Juni 1999: Bundeswehrgelöbnis am oder im Bendlerblock (Gedenkstätte dt. Widerstand), Berlin. Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdiene und Militär, Oranienstr. 25, 10999 Berlin, Tel: (0 30) 61 50 05-30, Fax: -29; E-Mail: info@kampagne.de, Internet: <http://www.kampagne.de>

12. bis 15. August 1999: Linke Schule in Friedrichroda, Thüringen. Ankündigung der Kurse siehe Politische Berichte 12. In der laufenden Woche erscheint ein Faltblatt. Bestellungen bei GNN Hamburg.

1. September bis 31. Oktober: Die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944“ ist in Osnabrück. Altbau des Kulturschichtlichen Museums, Lottestr. Kontakt: VHS Osnabrück, Frau Keller, Bergstr. 8, 49076 Osnabrück, Tel. (05 41) 323-45 24

5. September: Landtagswahl in Brandenburg

12. September: Kommunalwahlen in NRW, Landtagswahl in Thüringen

19. September: Landtagswahl in Sachsen

1.-3. Oktober: Tagung: *Soziale Gerechtigkeit statt „Innerer Sicherheit“ – Alternativen zur Aufrüstung der Gesellschaft*, Ort: Haus Venusberg Bonn, Anmeldung: Bund für Soziale Verteidigung und Internationaler Versöhnungsbund/Dt. Zweig; Ringstr. 9a, 32427 Minden, Tel.: 0571-850875 oder 0571-294456

10. Oktober: Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den BVVen in Berlin

15. Oktober: In Hamburg ist die Wissenschaftliche Konferenz „Der Krieg – Analyse eines Exempels – Lehren aus dem Krieg im Kosovo, Worüber wir nachdenken müssen“ geplant. Veranstalter: AFK, BdWi, BBU, Pro Asyl, DFG/VK, IALANA, NaWi. Kontakt: Naturwissenschaftler-Initiative Verantwortung für den Frieden, Gutenbergstr. 13, 44139 Dortmund, Tel. (02 31) 57 52 02; E-Mail: ines_nat@t-online.de. Internet: <http://fuj.physik.uni-dortmund.de/nawi/>

28. bis 31. Oktober: 22. Bundeskonferenz Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in Hannover, Motto: „Gegenmacht von unten“, Thema u.a.: Expo 2000 + Foren zu Weltwirtschaft und Globalisierung; Soziale Frage / Soziale Kämpfe; Standortnationalismus und Neue Weltordnung; Modell Deutschland zwischen Expo-Rhetorik und Nachhaltigkeit. Kontakt: Geschäftsstelle der BUKO, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel. (0 40) 39 31 56. E-Mail: buko@cl-hh.cl.sub.de Internet: <http://ourworld.compuserve.com/homepages/critical-shareholders/buko.htm>

30. Oktober bis 1. November: Bundeskongreß der DFG/VK, u.a. Feier zum 25jährigen Bestehen. Kontakt: Bundesgeschäftsstelle der DFG-VK, Schwanenstr. 16, 42551 Velbert, Tel. (0 20 51) 42 17. E-Mail: dfgvk@mail.kdt.de Internet: <http://www.dfg-vk.de>

Krieg gegen Grundgesetz und Völkerrecht



Die Beiträge einer Anhörung der PDS-Fraktion unter diesem Titel sowie die Diskussion sind in einem Reader zusammengefaßt. Sie können im Büro von Evelyn Kenzler abgefordert werden: Deutscher Bundestag, PDS-Fraktion, Platz der Republik, 11011 Berlin

Zur Anhörung heißt es im R(h)einblick 7/8 1999, der im Juli ausgeliefert wird, „Von dem Willen beseelt (...) dem Frieden der Welt zu dienen“ – wie es in der Präambel des Grundgesetzes heißt – wäre der 50. Jahrestages der Verfassung mit ihrem weitreichend geregelten Friedensgebot eine gute Gelegenheit gewesen, über eine aktiver Friedenspolitik mit dem Ziel der dauerhaften Verhinderung von Kriegen und der Schaffung gewaltfreier internationaler Strukturen zur Friedenssicherung nachzudenken. Doch zum Zeitpunkt des Erinnerns fielen unter der Beteiligung der Bundesrepublik Bomben. Dieser Krieg ist wie jeder Krieg ein Krieg gegen Menschen. Er ist aber auch ein Krieg gegen die Friedensbestimmungen des Grundgesetzes und gegen die bestehende Völkerrechtsordnung. Zu dieser Einschätzung kamen Verfassungs-, Völker- und Strafrechtler sowie ein Militärexperte bei einer Anhörung der PDS-Bundestagsfraktion zum Friedensgebot der Verfassung, zu der ihre rechtspolitische Sprecherin, Evelyn Kenzler, am 17. Mai in Berlin geladen hatte. Nach der Eröffnung durch den Vizefraktionschef und außenpolitischen Sprecher, Wolfgang Gehrcke, sprach zunächst der Verfassungsrechtler Martin Kutscha. Er argumentierte vor allem gegen das von den Befürwortern des Krieges ins Feld geführte Nothilferecht und warnte davor, durch verfassungswidrige Interpretation friedensrechtlicher Bestimmungen, Kriegseinsätze zu rechtfertigen und das Völkerrecht durch ein „Faustrecht“ zu ersetzen. „Humanitäre Intervention“ sei nur politische Zweckpropaganda und kein Instrument des Völkerrechts, betonte der Völkerrechtler Bernhard Graefrath, der in seinem Vortrag schließlich darauf aufmerksam machte, daß mit dem Krieg gegen Jugoslawien die USA-Strategie eine neue Stufe erreicht habe. Schritt für Schritt sei an die Stelle der

auf Rechtsgrundsätzen beruhenden gleichberechtigten Zusammenarbeit der Staaten in der UNO die uneingeschränkte Macht der NATO getreten. Sie scheine jetzt jederzeit in der Lage, überall auf der Welt ihren Willen mit Waffengewalt durchzusetzen. Zu den Minderheitenrechten im Völkerrecht sprach der Rechtsphilosoph Hermann Klenner. Für ihn gibt es nicht die ausschließliche Alternative zwischen NATO-Krieg und der Politik von Milošević, da ein Minderheitenschutz mittlerweile auch im Völkerrecht verankert sei. Trotz sogar einer gewissen Privilegierung von Minderheiten sei allerdings kein Sezessionsrecht in den einschlägigen Dokumenten zu finden. Selbstbestimmung stehe gemäß dem Demokratiegebot nicht einer Ethnie, sondern der Mehrheit eines Volkes zu. Admiral a.D. Elmar Schmähling sprach zum Thema „Frieden schaffen – zur ‚Not‘ mit Waffen?“ Dabei vermerkte er, daß bislang für die Bundeswehr – anders als in den meisten Streitkräften – zwei recht ungewöhnliche Prinzipien galten: Kriegsverhinderung als unmittelbarer Auftrag an die Streitkräfte sowie das Prinzip der „Inneren Führung“ und des „Staatsbürgers in Uniform“. Die Situation habe sich aber mit dem Zusamenbruch des Warschauer Vertragssystems geändert; es werde an der militärischen Selbstbeschränkung des Grundgesetzes gerüttelt. Das gelte besonders nach der Verabschiedung des „neuen strategischen Konzepts“ der NATO vom 24.4.1999, mit dem das Bündnis seine Zielsetzung so gravierend erweitert habe, daß eine neue Lage für die Mitgliedstaaten entstanden sei. Die offensive Ausrichtung des neuen Konzepts müsse als potentielle Bedrohung von den Staaten und in den Regionen empfunden werden, die nicht zum „Club“ der NATO gehören. Abschließend sprach Rechtsanwältin Gülden Pinar zu einer Strafanzeige gegen den Verteidigungsminister, den Bundeskanzler sowie Abgeordnete des Bundestages wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges gem. § 80 StGB, die sie gemeinsam mit weiteren 40 Hamburger Rechtsanwälten im April bei der Generalbundesanwaltschaft eingereicht hat. Sie rief dazu auf, kein juristisches Mittel auszulassen, um gegen diesen Krieg vorzugehen. In ihrem Schlußwort griff Evelyn Kenzler den auch in der Diskussion erwogenen Vorschlag auf, zu prüfen, ob die PDS-Bundestagsfraktion eine Organklage vor dem Bundesverfassungsgericht anstrebt. Denn nach dem neuen NATO-Vertrag ist die NATO eine neue, und über diese Vertragsänderung müßte der Bundestag im Gesetzgebungsverfahren abstimmen. Andreas Gängel, Referent für Rechtspolitik